

Kurdistan:
Die Partei der Arbeit
solidarisiert sich mit
dem kurdischen Volk.

2

Schweiz:
Ein kommunistischer
Rapper stürmt an die
Spitze der Albumcharts.

6

Brasilien:
Indigene Frauen* mar-
schieren gegen den
Faschisten Bolsonaro.

8

Schweiz:
Die LGBTQI-Bewegung
sucht eine Lobby im
Parlament.

9

vorwärts

die sozialistische zeitung.

Retouren:
vorwärts
Postfach 8230
8036 Zürich



Position

Am kommenden 7. November wird die Schweiz in der UNO-Vollversammlung wie «selbstverständlich» der Resolution zustimmen, welche die Aufhebung der US-Blockade gegen Kuba verlangt. Die Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS) ruft dabei in Erinnerung, dass sich mit der schweizerischen Postfinanz ein staatliches Unternehmen eben diesen von den USA seit 60 Jahren praktizierten, und immer weiter verschärften Boykottmassnahmen angeschlossen hat. Es ist eine Preisgabe der Souveränität, ein Kniefall vor Washington. Und es ist eine Folge der «neuen» Aussenpolitik des FDP-Bundesrats Ignazio Cassis. Aber nicht genug: Seit dem 2. Oktober führt auch die Migros-Bank keine Zahlungen mehr durch, die in Zusammenhang mit Kuba stehen. So wurde eine Überweisung von 100 Franken an die Vereinigung Schweiz-Kuba nicht getätigt. Begründet wurde dies mit der Verschärfung der Blockade. Damit wird der US-Würgegriff gegen Kuba ein weiteres Mal hier bei uns in der Schweiz ausgedehnt und unterwürfig nachvollzogen.

Die Partei der Arbeit der Schweiz fordert den Bundesrat auf, sofortige Massnahmen zu ergreifen, um diesen Schandtaten ein Ende zu setzen. Und sie ruft dazu auf, sich im Rahmen der Kampagne Unblock Cuba (siehe Seite 11) aktiv zu engagieren.

PARTEI DER ARBEIT
DER SCHWEIZ

Confoederatio Nestlé

Sit. Schon fast klammheimlich wurde Ex-Nestlé-Mann Christian Frutiger als Vizedirektor beim Departement für Entwicklung und Zusammenarbeit eingesetzt. Es ist ein weiterer Schritt, der den Einfluss des Weltkonzerns innerhalb der Regierung festigt und Steuergelder für die Wasserprivatisierung sichert.

Wie verwandelt man Wasser in Geld, in sehr viel Geld? Es gibt insbesondere eine Firma, die diese Alchemie bestens beherrscht: Nestlé. Der Schweizer Multi verkauft weltweit abgefülltes Trinkwasser. Unter den über 70 Marken befinden sich Henniez, San Pellegrino, Perriers und Vittel. Im Jahr 2018 erzielte Nestlé weltweit einen Umsatz von rund 7,4 Milliarden Franken mit Wasserprodukten.

Dies ist bekannt. Weit weniger bekannt ist die Tatsache, dass Nestlé einen immer stärkeren politischen Einfluss mit güterer Unterstützung der Schweizer Regierung bekommt. Der letzte Beweis dafür ist die Ernennung von Christian Frutiger als Vizedirektor der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza). Zuvor war Frutiger Vizepräsident und Global Head of Public Affairs (Verantwortlicher öffentlicher Angelegenheiten) von Nestlé. Doch der Reihe nach – es lohnt sich.

Es begann am WEF

Auf Initiative von Nestlé, Coca-Cola und Pepsi, alle drei Weltkonzerne sind fett im Trinkwassergeschäft, entstand am World Economic Forum (WEF) 2008 in Davos die Water Resource Group (WRG). Sie begann «eine neue Denkweise zu entwickeln», und zwar, «erstens über Wasser als Ressource mit enormen wirtschaftlichen Auswirkungen und zweitens über die Rolle des Privatsektors als Teil der Lösung und nicht nur als Teil des Problems». So auf der Website zu lesen. Vier Jahre später begann sie «operativ» zu werden, heisst konkret ihren Beitrag zur Privatisierung des Wassers zu leisten. Dies mit freundlicher Unterstützung der Schweizer Regierung, die von 2012 bis

2017 einen Beitrag von 5,3 Millionen beisteuerte und für 2018 bis 2020 weitere drei Millionen zusicherte. In anderen Worten: Die Privatisierung des Wassers wird mit acht Millionen Franken Steuergeldern unterstützt. Ihr Sekretariat hat die WRG in den Räumlichkeiten der Weltbank in Genf. Innerhalb der WRG-Gremien hat Nestlé das grösste Gewicht und stellt ständig das Präsidium. Die Schweiz ist mit dem Direktor der Deza, Manuel Sager, hochrangig vertreten.

Internationale Konzernoligarchie

Im Februar 2019 kündigte die Schweizer Regierung durch ihren Aussenminister Ignazio Cassis stolz die Gründung der Stiftung «Geneva Science and Diplomacy Anticipator» (GSDA) an. Cassis unterstrich dabei die rasante Entwicklung der neuen Technologien. Ein Ziel der GSDA sei, die Folgen dieser Entwicklung für Gesellschaft und Politik zu «antizipieren». Was auch immer er damit meint. Von Bedeutung ist jedoch folgendes, denn es beweist, was der tatsächliche Sinn und Zweck der Stiftung ist: Als Präsident dieser Stiftung wurde Peter Brabeck-Letmathe ernannt. Von 2005 bis 2017 war er Vorstandsvorsitzende von... richtig: Nestlé! Vizepräsident ist Patrick Aebischer, der Ex-Präsident der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne (EPFL) und seit 2015 auch Mitglied des Health Science Steering Committees. Es ist das wissenschaftliche Forschungszentrum von Nestlé, das 2011 von dem Konzern gegründet wurde und sich direkt auf dem Areal der EPFL befindet. Der Bund sponsort die Stiftung mit einem Beitrag von drei Millionen Franken.

In einem Beitrag auf der Webseite amerika21.de schreibt der brasilianische Umweltaktivist und Mitglied

des Vorstands der Solidaritätsorganisation Alba Suiza Franklin Frederick dazu: «Dass die Wahl für die Leitung der Stiftung ausgerechnet auf Brabeck und Aebischer fiel – beide mit enger Verbindung zu Nestlé – folgt einer klaren Logik: der Anerkennung der Macht des Unternehmens innerhalb der Schweizer Regierung». Und er fügt hinzu: «Die Wahl von Brabeck ist zudem ein weiteres Beispiel der immer engeren Partnerschaft zwischen Regierungen und grossen transnationalen Unternehmen. Solche Partnerschaften ermöglichen die Herausbildung einer internationalen Konzernoligarchie, die allmählich sichtbar wird und die Macht in den westlichen Demokratien übernimmt.»

38 Millionen Steuergelder jährlich

Die Ernennung Frutigers als Vizedirektor ist daher ein weiterer Schritt, der bestens in diese Logik hineinpasst. Seine Karriere bei Nestlé begann er 2007 als Public Affairs Manager. Es war die Zeit, als der Weltkonzern kräftig ins Wassergeschäft investierte, unter anderem mit der Marke Pure Life und mit der Übernahme von Henniez AG. Die verschiedenen Skandale des Schweizer Multis rund um dieses Geschäft (aber nicht nur) sind bestens dokumentiert und bekannt. Frutigers Job war es, alles schön zu reden und zu minimieren.

Als Deza-Vizedirektor wird Frutiger verantwortlich für die Abteilung Globalprogramme sein. Da befindet sich auch die Abteilung Wasser, was für ein Zufall. Sie «pflegt den politischen Dialog auf globaler Ebene und nimmt mit ihren Projekten auf die regionale und internationale Politik Einfluss», informiert die Deza. Sie bringt sich «auf globaler Ebene in den politischen Dialog ein, unterstützt innovative Projekte zur Bewältigung von grossen Herausforderungen wie Trinkwasserzugang und fördert und mobilisiert die Expertise der Schweizer Akteure im Wassersektor». Das Budget für das Globalprogramm Wasser beträgt jährlich 38 Millionen Franken. Frutiger hat als Chef der Abteilung einen entscheidenden Einfluss, wie diese Millionen verteilt werden. Nestlé wird es freuen. Wie bereits festgehalten: Die Ernennung Frutigers beweist den wachsenden Einfluss und der Präsenz von Nestlé innerhalb der Schweizer Regierung. Ach ja, fast vergessen: 850 Millionen Menschen haben keinen Zugang zu Trinkwasser – für Nestlé und ihren Mann beim Deza wohl einfach nur potentielle Neukund*innen.

Es lebe Rojava

Mit dem Angriff Erdogans auf Rojava tritt der Krieg in Syrien in eine neue Periode. Für die Presse in Europa ist klar, was vom Militärschlag zu halten ist: Wenn auch bürgerliche Blätter schreiben, dass der Autokrat in Ankara nicht nur innenpolitisch skrupellos vorgeht, sondern seine Interessen auch in seiner Aussenpolitik mit den Mitteln von Brutalität und Gewalt verfolgt, dann ist das ein seltener Moment der Klarheit in diesem Segment der Presse. Gleichzeitig wurde aber die kurdische Bewegung erneut vom Nato-Imperialismus verraten, als Trump Erdogan grünes Licht für seinen Überfall gab. Für den angeschlagenen türkischen Diktator geht es mit dem Angriff um vieles: Zum einen stärkt er damit seine Position in der Region und schafft ein riesiges Gebiet, in das er Flüchtlinge abschieben kann, die zu Hunderttausenden vor dem IS in die Türkei geflüchtet sind. Zugleich kann er mit seinen imperialistischen Abenteuern von Problemen im Inneren ablenken, die sich seit der Krise der türkischen Lira im letzten Jahr häufen.

Die Folgen: Die kurdische Bewegung, die in Rojava ein linkes Projekt aufgebaut und den IS besiegt hat, ist existenziell bedroht, während die Faschisten vom Islamischen Staat Morgenluft wittern und bereits Angriffe durch Schläferzellen in Raqqa wieder aufnehmen, seitdem die Türkei Rojava bombardiert.

Für ernsthafte Internationalist*innen und Kommunist*innen kann es deshalb nur eine Antwort auf den Überfall geben: Bijl Berxwedana Rojava – Es lebe der Widerstand in Rojava!

FLORIAN SIEBER

Petition: Stoppt den Krieg

Wir verurteilen den militärischen Angriff der türkischen Regierung in Nordsyrien (Rojava) aufs Schärfste! Am 9. Oktober begann die türkische Armee zusammen mit islamistischen Gruppen den Krieg gegen Rojava in Nordsyrien. Laut Berichten des Roten Halbmondes von Rojava Heyva Sor a kurd wurden mehrere Dörfer und Städte in der Nähe der Grenze aus der Luft bombardiert und vom Boden aus beschossen. Dabei kamen mehrere Personen ums Leben und viele, vor allem auch Zivilpersonen wurden verletzt. Als Mitglied der Nato verstösst die Türkei mit diesem Angriff gegen völkerrechtliche Abmachungen, welche sie längst ratifizierte. Das AKP-Regime unter Erdogan verschärft den Syrien-Krieg und damit die humanitäre Krise in der Region.

Die Unterzeichnenden fordern die Türkei auf, den Ethnozid in Rojava, Nordsyrien sofort einzustellen und sich an das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen zu halten. Wir fordern die Schweizer Regierung auf:

- Die Angriffe der türkischen Armee und islamistischer Gruppen in Nordsyrien aufs Schärfste zu verurteilen.

- Alle diplomatischen Möglichkeiten auszuschöpfen, auch innerhalb der Vereinten Nationen, klar Stellung zu beziehen, um eine sofortige Waffenruhe zu erzielen.

- Das Freihandelsabkommen mit der Türkei mit sofortiger Wirkung zu sistieren.
- Finanzielle Mittel für die humanitäre Hilfe und die Gesundheitsversorgung sowie den Wiederaufbau in Nordsyrien bereitzustellen.

- Nothilfe für und Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus Rojava.

In Rojava bauen die Menschen unter schwierigsten Bedingungen eine demokratische, gleichberechtigte Gesellschaft auf, die auf Geschlechtergerechtigkeit und gleichberechtigtem Zusammenleben aller Ethnien und Religionen basiert. Dieses selbstverwaltete Gesellschaftsprojekt, das ein emanzipatorisches, ökologisch nachhaltiges Leben anstrebt, gibt vielen Menschen weit über Rojava hinaus Hoffnung und Inspiration, dass eine bessere Welt möglich ist. Die Verteidigungskräfte der Autonomen Region Rojava haben massgeblich dazu beigetragen, den IS zu bekämpfen. Dem Erdogan-Regime geht es darum, genau dieses erfolgreiche Gesellschaftsprojekt zu zerstören, damit die Hoffnung zu ersticken und die Menschen wieder dem Terror islamistischer Kräfte auszusetzen. Das dürfen wir nicht zulassen, deshalb solidarisieren wir uns mit dem Verteidigungskampf der Menschen in Rojava.

Frieden für Rojava! Für Demokratie und Menschenrechte in Syrien!

PETITION UNTERSCHREIBEN UNTER:
MEDICOINTERNATIONAL.CH

Impressum

HERAUSGEBERIN:
Verlagsgenossenschaft vorwärts,
PdAS und ihre Deutschschweizer
Sektionen. Postfach 8230, 8036 Zürich,
PC: 40-19855-7.
Die Publikation erscheint 14-täglich.

REDAKTION:
vorwärts, Postfach 8230, 8036 Zürich
Tel. 044 241 66 77,
E-Mail: redaktion@vorwaerts.ch,
Redaktion: Damian Bugmann (dab),
Siro Torresan (sit), Sabine Hunziker
(sah), Florian Sieber (Flo), Seyhan
Karakuyu (sey, Praktikantin)

REGELMÄSSIGE MITARBEIT:
Jonas Ammann, Roger Stettler, Fabian
Perlini.

ABONNEMENTE:
vorwärts, Postfach 8230, 8036 Zürich
abo@vorwaerts.ch
Jahresabo: 160.-,
reduziert (AHV, Stud.): 110.-,
Probeabo: 4 Ausgaben gratis
Druck: Union Druckerei Berlin

KURZ und SCHNURZ

Furcht und Elend des Kapitalismus: Viele lieben es, über Korruption, Politik und Wettbewerb zu lästern. Wagt aber jemand vorzuschlagen, den Kapitalismus einfach abzuschaffen, kommen Hektik und Panik auf und man wechselt hurtig zu einem banalen Thema.

DAB

Gegen Diskriminierung und Demütigung

dab. **Avivo, Vereinigung für Seniorinnen und Senioren, Invalide, Witwen und Waisen, wurde vor siebzig Jahren ins Leben gerufen, 1949, im gleichen Jahr wie die AHV. Das Ziel einer existenzsichernden AHV, festgehalten in der Bundesverfassung, ist auch heute noch nicht erreicht. Die Arbeit von Avivo bleibt deshalb wichtig und nötig.**

Die AHV, eine der Forderungen des Landesstreiks von 1918, wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt. Die ersten Renten betrug damals lediglich 40 Franken für Alleinstehende beziehungsweise 70 Franken für ein Ehepaar. Junge politische Aktivistinnen gründeten damals die Avivo Vereinigung für Seniorinnen und Senioren, Invalide, Witwen und Waisen, die den Kampf um höhere Renten aufnehmen sollte und inzwischen 31 Sektionen mit über 20 000 Mitgliedern zählt.

Das Ziel einer existenzsichernden AHV ist auch heute noch nicht erreicht, obwohl das laut der Bundesverfassung eigentlich der Fall sein müsste! Mit der Jubiläumsveranstaltung will Avivo bisher Erreichtes feiern, doch werden sie sich weiterhin für ein Alter frei von finanziellen Sorgen, für anständige Invalidenrenten und, solange diese Renten zusammen mit Ergänzungsleistungen nicht existenzsichernd sind, auch für den Ausbau der EL einsetzen.

Generations-Solidarität

Avivo Schweiz und Region Basel engagierten sich in den letzten Jahren gegen jegliche Diskriminierung und Demütigung von Armutsbetroffenen. Sie forderten einen Service-Public-Auftrag für Post, Öffentlichen Verkehr und Gesundheitswesen, setzten sich für bezahlbare Krankenkassenprämien und ausreichende Prämienbeiträge ein und unterstützten beispielsweise die Initiativen für eine Einheitskrankenkasse und für einen griffigen Mieterschutz. Sie fordern Respekt für Behinderte und Betagte und stehen für eine aktive Solidarität zwischen den Generationen ein. Die über 400 Mitglieder der Avivo Region Basel treffen sich zu gemütlichen Ausflügen, Vorträgen, kulturellen und weiteren geselligen Anlässen.

Programm und Buch

Am Mittwochnachmittag, 30. Oktober, findet in Basel die nationale Jubiläumsveranstaltung «70 Jahre



re Avivo Schweiz – 70 Jahre AHV» von 14.00 bis 17.30 Uhr statt. Peter Flubacher, Co-Präsident von Avivo Region Basel, über die Jubiläumsanlässe: «Avivo Schweiz führt in den einzelnen Sektionen Veranstaltungen zu diesem Jubiläum durch, welches eigentlich bereits im Jahr 2018 fällig war. In Basel wird eingangs Minka Hofer (Co-Präsidentin der Avivo Region Basel) reden. Anschliessend spricht die Präsidentin von Avivo Schweiz, Christiane Jaquet, auf Französisch. Ihre Rede wird darauf auf Deutsch verlesen. Mit Regierungsrat Christoph Brutschin, der die Grüsse der Regierung von Basel-Stadt überbringen wird, rücken wir das sogenannte soziale Basel ins Zentrum. Professor Martin Lengwiler, der unter anderem zur Geschichte des Sozialstaates forsch, ist Ordinarius an der Uni Basel, sicher ein befähigter Experte zum Thema AHV. Zuletzt spricht Martin Rothenbühler aus der dynamischen Berner Sektion zu einigen Problemen (wie der 2. Säule) und über die Geschichte unserer Organisation.»

Avivo Schweiz gibt zum Jubiläum ein zweisprachiges, je 64 Seiten umfassendes Büchlein heraus, worin die zahlreichen Aktivitäten der Organisation zur Stärkung der AHV nachgezeichnet werden.

BESTELLUNG UND ANMELDUNG FÜR
JUBILÄUMSFEIER: INFO@AVIVO-BASEL.CH

Solidarität mit dem kurdischen Volk

Die Partei der Arbeit der Schweiz verurteilt die Aggression des türkischen Regimes gegen Rojava, seine autonome Regierung und seine Bevölkerung. Unter dem Vorwand der «Bekämpfung des PKK-Terrors» greift Erdogan mit Unterstützung verschiedener islamistischer Kräfte die kurdischen, arabischen, assyrischen, armenischen und turkmenischen Demokrat*innen in Nordsyrien an. Der türkische Staat unterstützt den Islamischen Staat seit Jahren, indem er seinen Dschihadist*innen aus aller Welt erlaubt, durch die Türkei nach Syrien zu reisen, die Dschihadist*innen zu versorgen und deckt ihre Ölexporte.

Der türkische Staat hat die schlimmsten islamistischen Angriffe auf sein Territorium, insbesondere in Suruç, Diyarbakir und Ankara, gegen kurdische und türkische Demokrat*innen zugelassen. Der türkische Staat hat weiter der Terrororganisation Hayat Tahriral-Sham erlaubt, sich in der von ihr kontrollierten syrischen Region in Idlib durchzusetzen. Diese Terrororganisation fiel mit Unterstützung islamistischer Söldner*innen in Al-Bab und Afrin in Rojava ein. Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung hat das türkische Regime bereits Dutzende von Vertreter*innen von Halklarin Demokratik Partisi (HDP) inhaftiert, darunter Selahattin Demirtas, Figen Yuksekdag und Leyla Güven. Erdogans einzige kohärente Politik bestand darin, seine Diktatur zu stärken, indem er demokratische Bewegungen bekämpfte und den Islamismus in der Türkei und asserhalb ihrer Grenzen unterstützte.

Die Aggression gegen Rojava ist nur ein weiterer Schritt in der türkischen Diktatur und ihrer Unterstützung des Islamismus. Es besteht die Gefahr, dass Syrien weiter ins Chaos stürzt. Die internationale Gemeinschaft kann sich nicht mit mehr oder weniger kritischen Aussagen zufrieden geben. Der Wunsch, De-

mokratie mit Bombardierungen durchzusetzen, wie es im Irak oder in Syrien geschehen ist, ist eine Sackgasse. Vor allem müssen wir es den Menschen vor Ort ermöglichen, Gerechtigkeit und Demokratie aufzubauen. Wir müssen uns der türkischen Aggression widersetzen, indem wir zunächst eine Flugverbotszone in Nordsyrien fordern. Weiter verlangt die Partei der Arbeit der Schweiz, den sofortigen Stopp von sämtlichen Waffenlieferungen aus der Türkei. Die Schweiz macht sich so mitschuldig am barbarischen Krieg der Türkei gegen das kurdische Volk und somit am Tod und Elend von Zivilist*innen.

Die Politik des Chaos wird auch durch neokoloniale Ausbeutung angeheizt, die es Diktatoren oder terroristischen Gruppen ermöglicht, sich auf Kosten des Volkes zu bereichern und ihre Beute dann in die ganze Welt zu verkaufen. Um sicherzustellen, dass den Menschen in Nordsyrien nicht Öl und andere Güter gestohlen und dann in der Schweiz verkauft werden, fordern wir die Aussetzung von Freihandelsabkommen mit der Türkei. Insbesondere muss der Bundesrat die Umsetzung des im vergangenen Frühjahr beschlossenen Abkommens verschieben, bis die türkischen Militärinterventionen eingestellt werden.

Die PdAS bekundet ihre Solidarität mit der Regierung Rojavas und ihrem Volk sowie mit den YPG und YPJ-Kräften, die heldenhaft für die Abwehr des islamischen Staates gekämpft haben und eine wirklich demokratische Verwaltung der Rechte der Völker in Nordsyrien entwickeln konnten.

Es lebe Rojava!
Es lebe die internationale Solidarität!

PARTEI DER ARBEIT DER SCHWEIZ

Torschlusspanik beim Bürgertum

flö. Das Ende dieser Legislative ist in den Parlamenten von schweren Angriffen der Bürgerlichen geprägt. Dabei scheinen die Fraktionen von FDP und SVP ein besonderes Interesse daran zu haben noch schnell Verschlechterungen umzusetzen, bevor ihre Mehrheit gebrochen wird. Ein Kommentar.



Was wird sich nach den Wahlen im Bundeshaus ändern? Bild: zVg

So hat sich das die FDP-Präsidentin Petra Gössi mit ihrem trendigen Schwenk in Sachen Umweltpolitik sicher nicht vorgestellt: Gerade einmal zehn Tage bevor ein neues Parlament gewählt wird, stürzen ihre Freisinnigen in den Umfragen ab. Insgesamt 1,2 Prozentpunkte wird sie in der Wählergunst verlieren, wenn die neueste Umfrage vom SRG-Wahlbarometer recht behält. Anstatt leichte Zugewinne zu verzeichnen, würde die FDP sich damit auch in die lange Reihe der Verlierer*innen bei diesen Wahlen einreihen: Bei der erfolgsverwöhnten SVP sieht es nicht besser aus. Ihr droht der Absturz von 29,4 auf 27,3 Prozent. Und auch alle anderen im Nationalrat vertretenen bürgerlichen Parteien werden mit Verlusten rechnen müssen. Einzig die Grünliberalen werden wohl Gewinne (2,7 Prozent plus) feiern können.

Links der Mitte werden vor allem die Grünen zulegen. Mit 3,6 Prozent Zuwachs bei den Stimmen, würden sie als Gewinner aus diesen Wahlen hervorgehen. Die Sozialdemokratie wird weniger Federn lassen müssen als die bürgerliche Konkurrenz, so dass die Verluste nach der Wahl als «Aufhalten des Abwärtstrends» oder «Stagnation» verkauft werden können. An den momentanen Kräfteverhältnissen im Parlament ändert das freilich nichts. Immer noch haben die beiden Fraktionen von SVP und FDP eine absolute Mehrheit in der grossen Kammer, wenn all ihre Fraktionär*innen zur Session erscheinen. Doch eben diese bequeme Mehrheit droht nun SVP und FDP aus den Fingern zu gleiten.

Nicht alltäglich

Die aktuelle Sitzungsperiode des Parlaments war damit für die Ratsbürgerlichen die vielleicht letzte Gelegenheit, gehörig die Muskeln spielen zu lassen und die Lebensbedingungen der Werkstätigen in der Schweiz zu verschlechtern, beziehungsweise Steuergeschenke für Gutverdienende auf den Weg zu bringen. Die Kinderabzüge, de-

ren Erhöhung kürzlich beschlossen wurde, ist nur das prominenteste Beispiel und die Spitze des Eisberges. So atmen auch der Antrag zur Verschiebung der Debatte um die Konzernverantwortungsinitiative im Ständerat (der *vorwärts* berichtete), das neue Jagdgesetz, die Einführung einer E-ID, die von privaten Konzernen ausgegeben werden soll, wie auch die EFAS-Vorlage (welches die SP als «unverschämtes Entlastungsprogramm für Versicherer» bezeichnete), den Geist bürgerlichen Allgemeinverständs. Auch Mattea Meyer, SP-Nationalrätin, findet das Vorgehen der bürgerlichen Ratsmehrheit nicht alltäglich, wie sie im Gespräch mit dem *vorwärts* erklärt: «Der Ordnungsantrag gegen die Konzernverantwortungsinitiative war schon ausserordentlich. Bei der Frage der Kinderabzüge, gab es nicht einmal eine Vernehmlassung und das obwohl es um 350 Millionen Franken geht!»

Verwalterinnen des Elends

Es stellt sich dennoch die Frage, wie viel Kalkül hinter den Angriffen steckt. Bei SP und Grünen wird viel vom «Linksrutsch» gesprochen, den man erkämpfen müsse. Zwar wird die Linke bei diesen Wahlen vermutlich insgesamt «fürschi» machen. Und der erwartete Wahlausgang könnte für die Schweizer Politlandschaft schon eine moderate Eruption bedeuten, doch wird dies die Verhältnisse im Parlament nicht grundlegend ändern. Weiterhin werden die linken Kräfte eine Minderheit bilden, die zumindest auf die politische Mitte angewiesen sein werden, um Mehrheiten zu bilden. Doch solange die Sozialdemokratie eine Politik betreibt, die sich vor allem auf diese Mehrheitsbildung konzentriert (wie beispielsweise bei der Rentenreform, wo die SP für ein höheres Renteneintrittsalter für Frauen* kämpfte), wird dieser Teil der Linken die von SP-Präsident Levrat nach den letzten Wahlen 2015 versprochene «Oppositionspolitik» nicht liefern können. Während nämlich die bürgerlichen Parteien die Linke in den letzten vier Jahren vor sich her trieben, verlegten sich SP und Grüne darauf sich als Verwalterinnen des Elends zu verstehen.

Kein Grund zu feiern

Gegen die heftigsten Angriffe, die oftmals auf die Schwächsten und am stärksten Unterdrückten zielen, wurde nicht vehement gekämpft, um sie auch in irgendeiner Form verhindern zu können. Man verlegte sich darauf, sie zu mildern. In manchen Fällen, wie den Forderungen Daniel Jositschs nach der Einführung einer 60-Stunden-Woche im Herbst 2017 gaben sich Sozialdemokrat*innen gleich selbst als Stichwortgeber*innen des Bürgertums her. Dass man damit nicht «pragmatisch» agiert und sich wählbar macht, zeigt das Hick-Hack um die Rentenreform, für die keine Mehrheiten zu finden sind, auch wenn die Klasse Politique permanent Reformdruck reklamiert. Das aktuelle Vorgehen der Ratsrechten ist zwar die ungebrochene Fortsetzung ihrer Politik der letzten vier Jahre. Gleichzeitig zeigt sie aber Schwäche. Solange die parlamentarische Linke diese Schwäche nicht nutzt, um ihrerseits in die Offensive zu gehen, haben wir aber keinen Grund zu feiern.

Steuergeschenke für reiche Familien

dab. National- und Ständerat beschlossen Ende September eine starke Erhöhung der Steuerabzüge für Kinder. Die Vorlage zu den Kinderabzügen könnte vor das Volk kommen: Die SP kündigte das Referendum an, die PdA ist wahrscheinlich auch dabei.

National- und Ständerat erhöhten den Steuerabzug für die externe Betreuung von Kindern von 10 100 Franken auf maximal 25 000 Franken. Tiefere Kinderbetreuungskosten sollen es gut ausgebildeten Frauen erleichtern, eine Arbeit aufzunehmen. Die Steuerausfälle dafür werden auf 35 Millionen für Bund und Kantone geschätzt. Der Nationalrat packte auch noch eine Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs von 6500 auf 10 000 Franken in die Vorlage. Die Kosten belaufen sich auf 350 Millionen Franken. Davon profitieren vor allem mittlere und hohe Einkommen. Im Ständerat kam erst auf Antrag der Einigungskonferenz eine knappe Mehrheit zustande. Die kleine Kammer hatte vor allem darum Vorbehalte, weil die Kantone dazu nicht angehört worden waren.

Sehr grosse Ausfälle

«Diese Reform wurde klar für sehr hohe Einkommen gemacht, ich stimme dagegen», kommentiert PdA-Nationalrat Denis de la Reussille auf Anfrage. «Sehr grosse Steuerausfälle wären die Folge». Er ist dafür, das SP-Referendum zu unterstützen und Unterschriften dafür sammeln, «natürlich immer im Rahmen der Möglichkeiten unserer Partei». Sogar die alte liberale NZZ findet: «Von diesem Ausbau würden vor allem Gutverdiener profitieren. Die Eidgenössische Steuerverwaltung erwartet daraus kurzfristig Einnahmehinbussen von 350 Millionen Franken pro Jahr, wovon 70 Prozent Haushalten mit steuerbaren Einkommen ab 100 000 Franken zu gute kämen. Wer keine direkte Bundessteuer zahlt (gut 44 Prozent der Familien mit Kindern), kann naturgemäss überhaupt nicht profitieren.» Die SP setzt in ihrer Medienmitteilung noch einen drauf: «Die Bürgerlichen

verkaufen die Erhöhung der allgemeinen Kinderabzüge von 6500 auf 10 000 Franken als Familienförderung. In Wahrheit ist sie ein Steuergeschenk für Spitzenverdiener-Haushalte.» Und die NZZ erinnert daran, im schweizerischen Steuerrecht gelte der Grundsatz der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, und dies sei bei dieser Vorlage nicht der Fall.

Wahlkampf-Thema

Weniger als ein Drittel der 350 Millionen Franken geht an Familien mit Brutto-Einkommen zwischen 100 000 und 150 000 Franken. «Sie bekommen wenig, bezahlen aber die Rechnung, weil Steuereinnahmen fehlen: Wenn Prämienverbilligungen gestrichen und Kita-Tarife erhöht werden, sind diese Mittelstands-Familien als erste betroffen», so SP-Parteipräsident Christian Levrat. Den grössten Abzug soll es für Einkommen ab 300 000 Franken geben. 70 Prozent der 350 Millionen Franken würden an die rund 12 Prozent der Spitzenverdiener-Haushalte in der Schweiz gehen. «Für die Reichen ist Geld da, während Leistungen wie Prämienverbilligungen mit Verweis auf finanzpolitische Engpässe gestrichen werden», sagt SP-Nationalrat Cédric Wermuth. Die Bürgerlichen werfen der SP vor, sie mache Wahlkampf mit der Ankündigung des Referendums. Diese kehrt in ihrer Medienmitteilung den Spieß um: Die bürgerliche Mehrheit schein weniger die Familien vor Augen zu haben als den 20. Oktober und die Portemonnaies ihrer Klientel. Die Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS) wird an der Sitzung des Zentralkomitees vom 26. Oktober über die Unterstützung des Referendums entscheiden. Sie wird es mit grösster Wahrscheinlichkeit unterstützen.

Marx für Veränderung



Kürzlich durfte ich in einer Gymnasialklasse über Marx referieren. Dies hat so einen Seltenheitswert, dass es festgehalten werden muss. Gut, teilweise wurde es mehr zu einem Streitgespräch mit dem Geschichtslehrer, der mich eingeladen hatte. Als strammer Verfechter liberaler Werte steht er klar auf der anderen Seite der Barrikade. Umso mehr Respekt – und auch Dank – gebührt ihm, sich auf das Experiment mit mir eingelassen zu haben. Er nahm die Sache ernst, sehr ernst sogar. So muss er geahnt haben, dass ich das Thema Umwelt ansprechen werde, um das zu sagen, was Marx auf den Punkt brachte: Profit entsteht durch die Ausbeutung von Mensch und Natur! Auf alle Fälle hatte er ein Foto aus der Mottenkiste ausgegraben, das einen verseuchten Wald und See zu DDR-Zeiten zeigte. Dies um zu beweisen, dass auch im «real existierenden Sozialismus alles andere als ökologisch produziert wurde.» Als ob damit die Klimakatastrophe unter kapitalistischer Produktionsweise entschuldigt werden könnte, aber lassen wir es.

Spannender ist folgender Rückschluss, den ich aus meinem Besuch gezogen habe: Die Jugendlichen beschränken die Politik auf Parlamente, Wahlen und Abstimmungen. So bemerkten einige der Schüler*innen, dass meine Partei, die PdA, nur mit einem Nationalrat im Bundeshaus vertreten ist, und somit auch nichts bewegen könne. Auch sei sonst ihr Einfluss auf das politische Geschehen gering. Ich konnte ihnen leider nicht widersprechen, so gerne ich es auch getan hätte. Einige der Schüler*innen waren an der Klimademo in Zürich und Bern, die Ende September stattfanden. Interessant und gleichzeitig auch irgendwie bedenklich ist die Tatsache, dass sie ihre Teilnahme nicht als politische Aktion verstehen. Dies kam klar zum Vorschein in einem Gespräch, das ich mit einer Schülerin nach der Stunde hatte. Sie unterstrich dabei, dass ihrer Meinung nach die Politik nichts ändern könne und würde. Als ich dann bemerkte, dass ihre Teilnahme an den Demos auch eine politische Tat sei, schaute sie mich mit grossen Augen an und fragte: «Wie politisch?». Ich versuchte es ihr mit meiner Überzeugung zu erklären, dass nur der Druck der Strasse die Politik zwingen könne, zu handeln. Sie wollte ein konkretes Beispiel, um besser zu verstehen. «Schau», sagte ich ihr, «ein paar Sitze mehr für die Grünen und Linken im Parlament wird nichts bringen, wenn du nicht weiterhin an die Demos gehst und mit dir Zehntausende andere Menschen auch.» Die Moral der Geschichte ist einfach: Wenn es uns, also all jenen, die die Überwindung des Kapitalismus als zwingend notwendig erachten, nicht gelingt, den Menschen begrifflich zu machen, dass Politik nicht nur Wahlen und Abstimmungen ist, haben wir keine Chance auf Veränderungen.

SIRO TORRESAN
MITGLIED DER PARTEILEITUNG DER
PARTEI DER ARBEIT DER SCHWEIZ

Vom Basler Mietenkampf

flo. In den Städten ist bezahlbarer Wohnraum ein knappes Gut. Durch Spekulation und Aufwertung werden Wohnungen teurer und Arbeiter*innen verdrängt. Basel ist hier nicht Ausnahme sondern besonders anschauliches Beispiel. Seit Monaten tobt dort, wenig beachtet, ein politischer Kampf um Mieten, die man sich leisten kann.



Kampf gegen die Massen-kündigungen in Basel.
Bild: zVg

230 Briefe waren es. 230 Kündigungen. 230 Mieter*innen, Familien, Arbeiter*innen, Rentner*innen, Kinder, Alleinstehende, Menschen in den unterschiedlichsten Phasen ihres Lebens, die im Februar den Bescheid bekamen, dass sie ihre Wohnungen am Schorenweg 20/22 verlassen müssen. Der Grund: Der Credit-Suisse-Anlagefonds, der die Liegenschaft besitzt, hat Sanierungspläne. Dies, obwohl die meisten Wohnungen in gutem Zustand sind und in den frühen 2000er Jahren bereits einmal saniert wurden.

Massenhaft rausgeworfen

Die bisherigen Bewohner*innen der beiden Hochhausüberbauungen im Hirzbrunnen-Quartier müs-

sen deshalb raus. Man kennt das Spiel: Nach der Sanierung werden die Wohnungen neu vermietet. Natürlich mit erhöhtem Mietzins.

Manche der Betroffenen, wie die 80-jährige Hedy, die seit 58 Jahren in ihrer Wohnung lebt, haben einen Grossteil ihres Lebens hier verbracht. Nun müssen sie gehen. «Mir tut es wahnsinnig weh, dieses Quartier verlassen zu müssen. Aber es geht auch nicht nur um mich: Ich denke an alle anderen», erklärte Berger gegenüber der bz Basel im März. Als Reaktion auf die Kündigungen und die allgemeinen Entwicklungen auf dem Basler Wohnungsmarkt kam es in der Folge zu Besetzungen und auch zu einer Mieter*innendemobilisierung.

Die Gekündigten vom Schorenweg sind kein Einzelfall. Am Giessliweg wurde 30 Mietparteien gekündigt, an der Feldbergstrasse 137 waren es 62 Parteien, an der Rheinfelderstrasse sind es nochmals 60 und an der Ryffstrasse sind es 32. Die Kündigungen läppern sich zusammen: Insgesamt schätzt der Mieterverband, dass 2600 Mietparteien ihre Wohnungen bei insgesamt 34 Massenkündigungen verloren haben, die seit Sommer 2018 stattfinden.

Bei der Rechnung nicht dabei sind jene, die im Verlauf von kleineren Kündigungen die Wohnung verloren und jene, die die Wohnung selber gekündigt haben, nachdem die Kündigung vom Vermieter angekündigt wurde. Und der massenhafte Rauswurf war im Stadtbild nachvollziehbar: In Kleinbasel begannen gekündigte Mieter*innen mit Transparenten, welche an Balkone und Fassaden gehängt wurden, auf die Situation aufmerksam zu machen. «Massenkündigungen – Wohnen statt Profit» verlangte beispielsweise ein Banner in der Webergasse in der Kleinbasler Altstadt. Die Kündigungswelle begann, nachdem die Basler Stimmberechtigten gleich vier Initiativen angenommen hatten, die die Wohnungssituation in Basel verbessern sollten. Zwei der Vorlagen waren eher technischer Natur: So sollten Vermieter*innen verpflichtet werden, neuen Mieter*innen den Mietzins der Vormieter*innen zu nennen. Die andere sieht vor, dass bei Verfahren vor Gericht die Mietpartei nur die eigenen Verfahrenskosten zu tragen hat.

Initiativen gegen Mietenwucher

Die anderen beiden Initiativen gehen weiter: So wurde ein Recht auf Wohnen in der Basler Kantonsverfassung festgeschrieben. Das letzte der vier Volksanliegen drehte sich um die Verbesserung des Schutzes vor Kündigungen und der Erhöhung des Mietzinses. Während die technischen Vorlagen ohne Probleme umgesetzt wurden, machen die beiden weiterführenden Initiativen mehr Schwierigkeiten. So geht der Vorschlag der Basler Regierung für die Einführung eines Rechts auf Wohnen nicht weiter als der Status quo, der momentan in Städten wie Zürich bereits herrscht: Mehr Genossenschaften sollen her und eine Stiftung für den Bau von Wohnungen soll eingerichtet werden. Für die weitere Vorlage soll die Sanierung von Liegenschaften bewilligungspflichtig werden, den Anstieg des Mietzinses nach der Sanierung will man begrenzen. Eine Übergangsbestimmung fehlte den Vorlagen. Wohl vor allem darum sehen sich Basler Immobilienspekulant*innen im Zugzwang schnell noch eine Sanierung durchzuboxen, um noch eine massive Erhöhung der Mietzinse zu ermöglichen. So wurden laut Angaben der Onlinezeitung Republik die Mieten bei der Liegenschaft an der Ryffstrasse um 20 Prozent von 1300 auf 1600 Franken erhöht. Gerade solche Sprünge beim Mietzins sollten die Initiativen verhindern.

Bürgerliche Krokodilstränen

Während die Kündigungsbriefe rausflattern, wird nach Schuldigen gesucht. Beim Basler Gewerbeverband wird der Mieter*innenverband (MV) in die Mangel genommen. So hätten laut Gewerbeverband die Initiativen versucht «einen Keil zwischen die Vermieterschaft und die Mieter*innen zu treiben» und würden mit ihren Vorlagen «investitionsfeindlich» vorgehen. Beim MV nahm man derweil auch die Basler Regierung in die Kritik. In der Basler landeschaftlichen Zeitung monierte im März der Co-Geschäftsleiter des Basler MV Beat Leuthard, dass es zu lange brauche, bis die Wohnschutzverordnung endlich in Kraft tritt. Dabei geht aber oft eine Gruppe vergessen, die unmittelbar für das Leid derjenigen Betroffenen, die ihre Wohnung verloren haben, verantwortlich ist: Die Kapitalist*innen selber, die an den Sanierungen, Mietzinserhöhungen und Massenkündigungen verdienen. Die Geschichte dieses aktuellen Basler Mietenkampfes lässt sich aber nicht mit Klagen über die moralische Verkommenheit von Immobilienspekulant*innen lösen. Die Entwicklungen in Basel wurden bereits in Berlin, in London, in Zürich vorweggenommen, wo Kapitalist*innen mit Verdrängung Profite machen. Was in Basel geschieht, ist nichts Neues. Es zeigt aber, dass Wohnraum nichts ist, was man dem Markt überlassen darf und dass gut gemeinte technische Lösungen Enteignungen nicht ersetzen.

Wohnungen für Alle!

Joël Depommier. In Genf reichte der Mieter*innenverband eine Gesetzesvorlage ein, um den Zugang zu billigen Wohnungen zu erleichtern. Christian Dandrès arbeitet in der Rechtsabteilung der Genfer Sektion und erläutert im Kurzinterview das Vorhaben.

Anfang Oktober legte der Mieter*innenverband (MV) dem Parlament einen Gesetzentwurf vor, der den Genfer Bürger*innen den Zugang zu Wohnungen erleichtern soll. Was beinhaltet der Vorschlag?

Der Staat kann heute nur noch 20 Prozent des sozialen Wohnungsbaus allein vergeben. Er hat keine Entscheidungsbefugnis über Miet- oder Eigentumswohnungen. Die Besitzer*innen können machen, was sie wollen. So werden die Wohnungen oft mit Vitamin B vergeben, heisst also, an jenen Personen, die gute Beziehungen und Kontakte zu den Eigentümer*innen oder zur Bauherrschaft haben. Der Bedarf an Wohnraum ist jedoch akut. Mehr als 8000 Menschen befinden sich auf der Warteliste von Stadt und Kanton Genf. Die Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche sind für alle Kategorien von Arbeitnehmer*innen von Bedeutung, mit Ausnahme der wenigen, deren Einkommen aussergewöhnlich hoch ist. Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir, dass der Staat in Entwicklungszonen 20 Prozent der Mietwohnungen und 20 Prozent der Eigentumswohnungen vergeben kann. Dies auf der Grundlage objektiver Kriterien, die sich aus einer Priorisierung des Bedarfs ergeben. Dieses Gesetz würde die angenommenen Initiativen aus dem Jahr 2016 ergänzen, die eine Spekulation in den städtischen Entwicklungszonen untersagt, spricht der gras-

sierenden Spekulation mit Wohnraum ein Ende zu setzt. Und dies durch die Regelung, dass die Käufer*innen von Eigentumswohnungen verpflichtet, zehn Jahre im gekauften Objekt selbst zu wohnen. Die Initiative war eine Antwort auf die Mangelerscheinungen der Spekulant*innen: Sie kauften die Eigentumswohnungen, vermieteten diese zu hohen Preisen, um sie dann einige Jahre später mit grossem Gewinn wieder zu verkaufen.

Es gibt bekannte Fälle, wo Mieter*innen ihre Wohnungen wegen Einsturzgefahr verlassen mussten. Könnte dieses Projekt den betroffenen Menschen eine Hilfe sein?

Natürlich, denn der Staat hätte einige Möglichkeiten mehr zur Hand und könnte schneller konkrete Lösungen für die Betroffenen anbieten. Diese Fälle veranschaulichen die aktuelle Absurdität: Die Mieter*innen haben einen dringenden Bedarf eine neue Wohnung zu beziehen. Diese Not muss absolut Vorrang haben vor dem Wunsch der Bauherr*innen und Vermieter*innen, ihren Freund*innen einen Gefallen zu tun.

Auf nationaler Ebene hat der Mieterverband 2016 die Initiative «Für mehr bezahlbare Wohnungen» eingereicht. Wie ist dies bezüglich der Stand der Dinge? Die Initiative kommt am 9. Febru-

ar 2020 zur Abstimmung. Das Parlament hat seine Geringschätzung gegenüber den Mieter*innen einmal mehr bewiesen, in dem es unsere Initiative zur Ablehnung empfohlen hat. Die Initiative gehe zu weit, argumentiert die Mehrheit im Parlament. Nun, sie verlangt, dass 10 Prozent der Wohnungen künftig gemeinnützig sein sollen. Sie sei auch zu teuer. Auch dies stimmt nicht, gar das Gegenteil ist der Fall: Sie bringt der öffentlichen Hand Geld.

Denn ein Vorkaufsrecht und Bau-rechtszinsen spülen regelmässig und risikolos schöne Beträge in die öffentlichen Kassen. So fordert unsere Initiative, dass der Staat ein Vorkaufsrecht gegenüber Unternehmen beim Kauf von Grundstücken eingeräumt wird, die im Besitz der öffentlichen Hand sind. So könnte der Staat von der SBB Land kaufen, dessen skandalöse Immobilienpraktiken der Spekulation dienen. Unsere Initiative will auch sicherstellen, dass die Gebäudesanierung nicht mit der Umwandlung des billigen Wohnraums in Luxuswohnungen einhergeht, wie dies oft in Zürich der Fall ist. Auch ist der MV bereit, das Referendum gegen die im Juni verabschiedete Projekt der politischen Vertreter*innen der Immobilienwirtschaft zu ergreifen. Sie zielen darauf ab, den ohnehin schon unzureichenden Schutz der Mieter*innen vor Mietmissbrauch abzubauen.

Armut in der Schweiz

Redaktion. **Das 2014 geschaffene Nationale Programm zur Prävention und Bekämpfung von Armut entstand als Antwort auf die Verbreitung finanzieller Not in der Schweiz. Der Bundesrat hat nun beschlossen, das Programm auf ein Minimum zu reduzieren – ein Entscheid, der weder im Einklang mit der Bundesverfassung noch mit den verschiedenen internationalen Verpflichtungen der Schweiz steht.**

Gemäss den Zahlen des Bundesamts für Statistik (BFS) waren 2017 in der Schweiz 8,2 Prozent der Bevölkerung von Armut betroffen, darunter 103 000 Kinder. Laut Caritas sind fast eine Million Menschen davon bedroht. Zudem könne eine hohe Anzahl von Haushalten unvorhergesehene Ausgaben in der Höhe von 2000 Franken nicht verkraften – 2011 waren es fast 41 Prozent. Dies sind besorgniserregende Zahlen, die eine beunruhigende Realität abbilden. Die Ursachen von Armut sind vielseitig, wodurch die Analyse und die wirksame Bekämpfung des Phänomens besondere Aufmerksamkeit von Bund, Kantonen und Gemeinden erfordern. Schweizer Akteur*innen – insbesondere die Zivilgesellschaft – aber auch verschiedene internationale Gremien stellen entsprechende Forderungen in den Raum.

Was macht der Bund?

Es dauerte Jahre, bis sich der Bund endlich der Herausforderung stellte. Armut aktiv zu bekämpfen und auf die wiederholten Forderungen der Zivilgesellschaft sowie verschiedener Parlamentarier*innen zu reagieren. Mit dem «Nationalen Programm zur Prävention und Bekämpfung von Armut» 2014-2018 schuf der Bund schliesslich die notwendigen Grundlagen für ein systematisches und landesweites Vorgehen gegen Armut. Im Laufe von fünf Jahren wurden im Rahmen des Programms nämlich wissenschaftliche Grundlagen entwickelt, innovative Ansätze zur Armutsbekämpfung getestet, praktische Instrumente bereitgestellt und der Austausch zwischen Fachleuten und Akteur*innen gefördert.

Im April 2018 beschloss der Bundesrat jedoch, sein finanzielles Engagement zu reduzieren und die Kantone bei der Umsetzung der erarbeiteten Strategien künftig sich selbst zu überlassen. Ebenso verzichtete er auf die Einführung eines Armutsmonitoring, obwohl er dies in seinem Evaluationsbericht zur Umsetzung des Nationalen Programms selbst als notwendig bezeichnet hat. Bis heute fehlt es daher auf nationaler Ebene an einer systematischen und periodischen Überwachung der unterschiedlichen Dimensionen von Armut in der Schweiz. Fünf Jahre nach der Implementierung der erfolgsversprechenden Strategie zieht sich der Bund demnach eindeutig aus der Thematik zurück, ohne dabei all seine Versprechen gehalten zu haben. Hugo Fasel, Direktor der Caritas, nahm kein Blatt vor den Mund, als er den Entscheid des Bundesrates in einer Stellungnahme vom 27. August 2018 anprangerte: «Der Bund verzichtet sich aus der Armutspolitik und überantwortet diese vollständig den Kantonen. Damit verweigert sich der Bundesrat den Ergebnissen des Nationalen Armutsprogramms und will der Entwicklung der Armut in der Schweiz tatenlos zusehen. Politisch bedeutet der Entscheid des Bundesrates ein Zurück auf Feld eins!».

Die Verantwortung der Kantone

Die Prävention und Bekämpfung der Armut liegt weitgehend in der Verantwortung der Kantone. Die Caritas erinnert im Bericht «Die Schweiz braucht eine wirksame Armutspolitik» vom August 2018 daran, dass die Kantone «in zentralen Fragen der Existenzsicherung, bedarfsabhängigen Leistungen, Krankenkassenprämienverbilligungen, familienunterstützenden Angeboten, Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus oder Mindestlöhnen» selbstständig entscheiden. Es ist daher notwendig, dass die Kantone das Phänomen der Armut erfassen und verbindliche Strategien dagegen entwickeln.

Im Rahmen des Nationalen Programms 2014 bis 2018 wurde die Armutsberichterstattung in der Schweiz untersucht. Die Aufbereitung der Daten brachte hervor, dass sich die kantonalen Armutsberichte sowohl in ihrer Gestaltung als auch in ihrer Methodik unterscheiden und selten eine umfassende Analyse von Armut in ihren unterschiedlichen Dimensionen liefern. So hat die Armutsberichterstattung in den letzten Jahren zwar an Bedeutung gewonnen, ist aber noch lange nicht systematisch eingeführt und fehlt in einigen Kantonen gänzlich.

Sozialpolitik im Niedergang

Gleichzeitig werden die Kantone bei der Unterstützung der von Armut betroffenen Menschen immer restriktiver. Ein Trend, der in der deutschsprachigen



Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Trotzdem reduziert der Bund den Kampf gegen die Armut auf ein Minimum. Bild: Caritas.

Schweiz neue Höhen erreicht. Im vergangenen Jahr sorgte die Motion «Motivation statt Repression» von Peter Riebli (SVP) im Landrat von Basel-Landschaft auch national für viel Gesprächsstoff. Als bisher radikalster Angriff auf die Sozialhilfe hat das kantonale Parlament die Motion am 26. April 2018 mit nur einer Stimme Unterschied angenommen. Sie fordert einerseits, die Höhe der Sozialhilfe so anzupassen, dass nur ein Existenzminimum von 300 Franken pro Monat gewährleistet wird. «Integrationswillige, motivierte und engagierte Personen» sollen zudem «stufenweise eine Motivationsentschädigung» erhalten, welche jedoch den heutigen Grundbedarf nicht übersteigen dürfe.

Auch die Berner Abstimmung vom 19. Mai 2019 über den Entwurf zur Änderung des Sozialhilfegesetzes, welcher knapp abgelehnt wurde, verlangte eine generelle Kürzung der Leistungen um 8 Prozent (bis zu 30 Prozent als Sanktion), obwohl diese bereits unter den von der Schweizerischen Konferenz der Kantonalen Sozialdirektorinnen und -Sozialdirektoren (SODK) definierten Richtlinien und dem Existenzminimum lagen. Die Leistungen wurden bereits im Rahmen ihrer zweistufigen Überarbeitung zwischen 2016 und 2017 stark gekürzt. Als Reaktion auf politische Forderungen hatte die SKOS den Umfang der Sozialhilfestandards für Grossfamilien und junge Erwachsene reduziert und die Sanktionsmöglichkeiten erweitert.

Auch auf nationaler Ebene werden die Sozialleistungen angegriffen. Im Rahmen der Weiterentwicklung der Invalidenversicherung stimmte der Nationalrat im März 2019 für eine Kürzung der Kinderrenten für Bezüger*innen einer Invalidenversicherung um 25 Prozent. «Mit diesen Entscheiden müssen viele Menschen mit Behinderungen um ihre Existenz kämpfen», konstatiert Julien Neruda. Gemäss dem Direktor von Inclusion Handicap würden «besonders Familien mit Kindern (...) finanziell bluten.»

Armut und Menschenrechte

In Ermangelung einer nationalen Rahmengesetzgebung bestehen erhebliche Leistungsunterschiede zwischen den Kantonen, den Gemeinden, beispielsweise bei den Prämienzuschüssen, Wohngeldern oder zusätzlichen Familienleistungen. Diese Kontraste in der kantonalen Politik führen zu ausgeprägten Ungleichheiten in Angebot und Art der Sozialleistungen je nach Wohnort und beeinflussen direkt die wirtschaftliche und rechtliche Situation einzelner Sozialhilfebezügler*innen. Eine Situation, die mit der Achtung der Grund- und Menschenrechte nicht vereinbar ist.

Die Schweizerische Bundesverfassung (BV) garantiert in Artikel 12 das Recht auf Hilfe und Unterstützung und auf die notwendigen Mittel, um ein menschenwürdiges Leben zu führen («Recht auf Hilfe in Notlagen»). Während die sogenannte Nothilfe darauf abzielt, jeden und jede bedingungslos vor einem unwürdigen Lebensstandard zu schützen, geht die Sozialhilfe über das in der Verfassung vorgesehene Existenzminimum hinaus. Sie garantiert weiteres ein soziales Existenzminimum, belässt den Begünstigten einen gewissen Handlungsspielraum und ermöglicht ihnen so die Teilhabe am Gesellschaftsleben.

Die Garantie zur Aufrechterhaltung minimaler sozialer Strukturen findet ihren Ursprung in den Sozialzielen der Bundesverfassung (Art. 41 BV), welche hauptsächlich auf dem Internationalen Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (UNO-Pakt I) basieren. Mit der Ratifizierung dieses Vertrages hat sich die Schweiz verpflichtet, die vol-

le Ausübung dieser Garantien und damit auch des Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard (Art. 11 UNO-Pakt I) mit allen den ihr zur Verfügung stehenden und geeigneten Mitteln (Art. 2 UNO-Pakt I), sicherzustellen.

Mit der Reduktion der finanziellen Mittel für das Nationale Programm zur Prävention und Bekämpfung von Armut gefährdet der Bundesrat nicht nur die Weiterentwicklung bestehender Standards, sondern setzt auch die wenigen nationalen Errungenschaften der letzten Jahre aufs Spiel. Dieses Vorgehen scheint in Bezug auf das in diesem Fall relevante Vertragsziel, nämlich die volle Verwirklichung des Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten, einem Rückschritt gleichzukommen. Ohne eine überzeugende Begründung könnte die Schweiz folglich für Verstösse gegen ihre aus Artikel 2 und Artikel 11 des UNO-Paktes I hervorgehenden Verpflichtungen verantwortlich gemacht werden.

Erwartungen der Zivilgesellschaft

Da Armut in der Schweiz vor allem Kinder betrifft, ist die Verantwortlichkeit der Schweiz auch im Lichte von Artikel 6 und Artikel 27 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes (KRK) eindeutig. Mit der Ratifizierung dieser Konvention hat sich die Schweiz verpflichtet, dafür zu sorgen, dass jedes Kind einen «seiner körperlichen, geistigen, seelischen, sittlichen und sozialen Entwicklung angemessenen Lebensstandard» geniessen kann.

Die steigende Anzahl Armutsbetroffener in der Schweiz, der Mangel an kostengünstiger familienergänzender Kinderbetreuung, sowie der gleichberechtigte Zugang zu Bildung und Ausbildung waren Gegenstand von Empfehlungen innerhalb der letzten «Universellen Periodischen Überprüfung» (UPR) der Schweiz im Jahr 2017 und widerspiegeln, was nicht überraschend ist, in vielerlei Hinsicht die von der Zivilgesellschaft vorgeschlagenen Massnahmen.

Die Caritas, welche im Jahr 2009 eine «Dekade der Armutsbekämpfung» gestartet hat, veröffentlicht jährlich einen Bericht, der sich jeweils auf einen ausgewählten Aspekt der Armut in der Schweiz konzentriert. Im oben erwähnten Bericht «Die Schweiz braucht eine wirksame Armutspolitik» spricht die Organisation zahlreiche Empfehlungen aus, wie die Schweiz das Phänomen auf kohärente und effektive Weise angehen könnte.

Auf institutioneller Ebene ist die Ausarbeitung einer nationalen Strategie unter Einbeziehung aller politischen Gremien, insbesondere des Bundes, sowie eine bessere Harmonisierung der kantonalen Sozialpolitiken erforderlich. Die Zivilgesellschaft verlangt zudem Massnahmen in verschiedenen weiteren Bereichen, wie zum Beispiel die Sicherstellung eines national festgelegten Existenzminimums. Weiter müssten Aus- und Weiterbildungen Chancengleichheit gewährleisten und ein lebenslanges Lernen bzw. die Möglichkeit lebenslanger Bildung schaffen. Dazu gehören Frühförderprogramme für Kinder, Fördermassnahmen für Erwachsene, einschliesslich der Finanzierung von Unterhaltskosten, freier Zugang zur Weiterbildung auf allen beruflichen Ebenen und die Anerkennung ausländischer Diplome. Darüber hinaus sei in allen Kantonen besondere Unterstützung von Familien durch die Einführung zusätzlicher Familienleistungen erforderlich. Mehr als notwendig wären schliesslich gezielte Massnahmen zur Förderung einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

QUELLE: HUMANRIGHTS.CH

POP Valais ist wieder da!

Nach Biel, Basel und der Kommunistischen Jugend Bern kommt jetzt das Wallis: In Martigny wurde am 8. Oktober POP Valais von einer Gruppe rund um Gewerkschafter und Parlamentarier Frédéric Nouchi wiederbelebt. Die Sektion der PdA Schweiz will laut Gauchebo «die Kommunistischen Jugend angreifen, die nicht aufhört, das Leben der Walliser*innen zu verschlechtern» und an lokalen Wahlen teilnehmen, wenn möglich zusammen mit anderen linken Parteien, um die Walliser Linke zu stärken.

Den Denkrahmen aufsprengen

flo. **Tommy Vercetti ist Rapper aus Bern. In seinen Texten geht es um die grossen Themen Liebe, Hoffnung, Kindheit, Macht, Kapitalismus. Mit Sozialkritik steckt er nicht zurück. Vor kurzem stürmte er mit seinem neuen Album «No 3 Nächt bis morn» die Spitze der Schweizer Albumcharts. Ein Gespräch über Brecht, Kommunismus und über die Verantwortung von Künstler*innen bei der Errichtung einer anderen Welt.**



Der Rapper Tommy Vercetti (38) bezeichnet sich als Marxist, kandidierte auch schon auf der PdA-Liste und stürmte mit seinem neuen Album «No 3 Nächt bis morn» an die Spitze der Schweizer Albumcharts. Bild: Moritz Keller

Es ist 2019, die Klimastreiks bringen die Jugend auf die Strasse, der Frauen*streik hat über die Generationen hinweg mobilisiert. Die Grünen überholen in Umfragen die CVP und Tommy Vercetti, ein Rapper und Kommunist aus Bern, setzt sich an die Spitze der Albumcharts. Was ist da los? Also ich mache jetzt eine nüchterne Einschätzung und mit nüchtern meine ich eine, die nicht pessimistisch sein will noch Self-Fulfilling-Optimismus, wo ich sage, es kommt alles toll, weil ich will, dass es toll kommt. Ich würde sagen, dass im Moment gewisse Widersprüche auf gewisse Krisenphänomene viel offener werden. Diese Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren einen sehr liberalen Anstrich gegeben, was bei den Frauen* beispielsweise zu gewissen Widersprüchen führte, weil sie eben merken: Unsere Rechte wären so, unsere tatsächliche Situation sieht aber ganz anders aus. Und das ist der Aspekt davon, weswegen solche Bewegungen aufkommen. Vielleicht profitiert das Album ja von diesen Entwicklungen. Die leicht kritischere Frage, die hier aufkommt, ist: Inwiefern bringt der Spätkapitalismus so einen Raum hervor, der eine Art psychologisch reinigende Wirkung hat, wo die Gesellschaft sich mit ihren Problemen quasi unproblematisch auseinander setzen kann.

Ich fall jetzt einfach mit der Tür ins Haus. Wie hältst du es eigentlich mit der Revolution?

(lacht) Ich glaube schon, dass Revolution der einzige Weg ist, die Welt in einem notwendigen und vernünftigen Mass zu verändern. Dann kommt aber die zweite Frage: Was genau verstehen wir unter Revolution? Neuestens ist ja der Begriff der «Transformation» aufgekommen. Der bietet eine Chance, aber auch ein Risiko und das Risiko ist, dass es ein Problemverdeckerbegriff ist. Denn er suggeriert, dass man die Frage von Reform oder Revolution nicht mehr lösen muss, denn in Begriff Transformation wären ja beide irgendwie enthalten. Ich glaube dass eine Revolution nötig ist und ich glaube, dass sie möglich ist, weil Herrschaftsverhältnisse immer etwas extrem fragiles

waren und weil Herrschaftsverhältnisse etwas sind, das von der Akzeptanz der Beherrschten abhängt. Macht ist etwas zirkuläres. Das bedeutet: Ich bin der König – aber nur solange du akzeptierst, dass ich der König bin. Wenn die Beherrschten die Beherrscher nicht mehr anerkennen, bricht das zusammen.

Ein Marxist also?

Es ist ja immer schwierig, wer was unter was versteht. Es gibt schon viele Sachen, die ich anders sehe, die man auch zu Marx' Zeiten nicht vorhersehen konnte oder die sich geändert haben. Aber doch, ich würde mich schon als Marxist bezeichnen.

Davon, wie der Kapitalismus funktioniert, rappst du auch auf deinem neuen Album. Dein letztes Album, für das du den Berner Literaturpreis erhalten hast, hatte ja auch schon ziemlich klare politische Schlagseite. «No 3 Nächt bis morn» scheint aber eine neue Qualität zu erreichen. Zufall?

Das Album ist auf eine Weise schon politischer geworden. Ich würde behaupten, dass ich mit «Seiltänzer» schon grosse Themen angesprochen habe, Kindheit, Religion, Tod, die zwar auch aktuelle Themen sind, die mit dem Kapitalismus zu tun haben aber vielleicht doch ein bisschen universeller sind: Sie beschäftigen wohl ebenso ein Amazonasvolk. Dieses Mal habe ich versucht mir die Frage zu stellen: Was sind die grossen Themen. Aber vor allem: was sind die grossen Themen heute, hier.

Und woher kommt das alles? Sich linkspolitisch zu positionieren ist in der Schweiz ja nicht unbedingt immer populär. Wieso dieser pointierte Einsatz, obwohl es ohne wohl einfacher wäre?

Was ich schon an mir loben würde, ist, dass ich ein sehr ausgeprägtes Gerechtigkeitsempfinden habe, und damit kommt vielleicht auch eine gewisse Integrität einher. Ich denke, niemand würde mich als «Egoist» beschreiben. Aber da kommt ganz klar dazu, dass ich selber, meine Familie, Leute die mir sehr nahe stehen, Leidtragende dieses Systems sind. Ich bin quasi direkt betroffen. Klar geniesse ich aktuell einen gewissen Komfort. Es geht mir nicht schlecht. Aber ich werde nie etwas erben, meine Stabilität ist also auch eine fragile, man kann ebenso schnell absteigen, wie man aufgestiegen ist. Meine Freundin ist Tochter einer Flüchtlingsfamilie, meine Grossmutter war italienische Migrantin, die drei Jobs hatte und die Kinder allein aufzog. Mein ganzes Umfeld ist irgendwie geprägt durch diese Erfahrungen. Es ist also einerseits eine Art persönliche Motivation. Und dann durch die Beschäftigung damit – wer sich ernsthaft und genuin mit solchen Sachen auseinandersetzt, kann nur radikaler allein aufzogen. Ich sehe nicht, wie man bei der Beschäftigung mit diesen Themen ökonomisch liberaler oder mittlerer werden kann. Neben diesen persönlichen und emotionalen Beweggründen wäre mir noch nie intellektuell und argumentativ etwas begegnet, das mich von diesem Weg abgebracht hätte. Ich hatte aber auch das Glück, dass mir das noch nie zum Hindernis wurde. Ich finde auch, dass man ganz klar aussprechen muss: Ich bin Kommunist. Und man muss auch versuchen die Begriffe zu rehabilitieren und in die Offensive zu gehen. Wir leben aber auch in einer Zeit, in der das auch auf unnötige Antipathie stösst. In Interviews spreche ich das selten direkt an. Wenn ich aber sage: «Privateigentum ist ein Problem, weil dann so viele Leute über uns bestimmen können. Das betrifft mein Leben, das betrifft dein Leben», dann verstehen die Leute das. Wenn du aber für die Abschaffung des Privateigentums bist, bist du irgendwie immer auch Kommunist*in oder Anarchist*in und dann siehts plötzlich anders aus.

Du hattest vorher Kindheit, Liebe, Tod und so weiter als Themen deiner Musik erwähnt. In deinem neuen Album spielt ja auch Hoffnung eine grosse Rolle. Was also ist die Sicht auf deine Rolle als Künstler in diesem Kampf für eine andere Welt?

Ja das ist natürlich die grosse Frage und es ist eine Frage, die mich schon sehr lange umtreibt. Als ich, damals noch für das Album «Seiltänzer» das Lied «Zitadella» schrieb, stiess ich das ganze Thema schon einmal an. Ich finde, Kunst darf nicht in den Dienst der Politik treten. Ich denke, Kunst ist wirklich dann

am politischsten, wenn sie autonom ist. Mir ist völlig klar, dass die Autonomie der Kunst historisch gewachsen und eine neuere Erscheinung ist. Oder dass sie vielfach auch illusionär ist. Aber da gibt es kein Zurück mehr. Und ich glaube, hier ist Kunst auch am einflussreichsten und glaubwürdigsten. Die Frage, wie ich am meisten bewegen kann, hat mich lange beschäftigt und ich bin zum Schluss gekommen: Am meisten kann ich wirklich machen, wenn ich einfach versuche, möglichst gute Musik zu machen und meine politischen Gedanken darüber kommuniziere. Und dort glaube ich, dass Kunst am politischsten ist, wenn sie ästhetisch versucht radikal zu sein, wenn sie versucht genuin zu sein. Kunst hat ein unglaubliches Potenzial den Denkrahmen aufzusprengen. Wir leben in einer ideologisch extrem verengten Zeit. «Verengt» bedeutet, dass die Leute sich nichts mehr anders vorstellen können als Kapitalismus und Markt. Wenn du heute sagst, du hast ein Problem mit Kapitalismus, mit Marktwirtschaft, heisst's gleich «jo was de süsch?!» Weil man sich nichts anderes mehr vorstellen kann. Und da setzt die Aufgabe der Kunst an, weil man dort eben nicht alles perfekt mit Studien belegt und durchargumentiert sein muss, um neue Vorstellungen zu präsentieren. Kunst hat diese Sachzwänge nicht. Wenn ich ein Lied mache über eine Insel, auf der der Wohlstand anders verteilt wird, muss das Ziel sein, dass das in den Köpfen etwas macht und man sich sagt «es ginge schon anders».

Damit wir den Kreis dialektisch schliessen können: Wir haben darüber gesprochen welchen Einfluss Künstler*innen auf die Bewegung, auf den Kampf für eine andere Welt haben, jetzt anders herum gefragt: Welchen Einfluss haben die Bewegungen auf die Kunst?

Ich glaube, das hängt erst einmal stark davon ab, wie sehr die Kunst integriert ist, wie fest sie sich mit der Bewegung identifiziert. Und das ist auch etwas, worüber ich gesagt habe, dass es nicht gekoppelt sein dürfe, nicht im Dienst davon stehen dürfe. Der Künstler nimmt da irgendwie eine dritte Instanz ein, wo er auch die Bewegung, die Politik kritisieren kann. Die Frage, wie nah der Künstler der Bewegung ist, ist ganz zentral und ich bin eben nahe der Bewegung, ich bewege mich im linken Diskurs, ich sehe mich als – nicht sehr aktiver, aber doch – Teil der Bewegung. Und ich denke das sieht man auch am Album. Ich finde es sollte zumindest jeden Künstler*in irgendwie interessieren, was politisch geschieht. Er muss sich nicht explizit politisch äussern, aber ich finde wichtig, dass ein Künstler spürt, was abgeht. Also eine Art Sensibilität für die Zeit besitzt. Jetzt kommt aber schon die nächste Frage: was «politisch» denn genau meint. Ich würde sagen, Kafka beispielsweise war schon jemand, der nicht stark von den politischen Bewegungen beeinflusst war, dennoch einer, der mit seinem Gespür etwas unglaublich Politisches schuf.

In «Güetzi» portraitiert du den Kapitalismus nur dünn maskiert mithilfe von tyrannischen Kindern, die auf dem Spielplatz über alles bestimmen, weil sie eben die meisten Güetzi haben. Irgendwie ist das ein Herunterbrechen aber eben auch eine Verfremdung der bestehenden Verhältnisse. Du willst bestehenden Verhältnissen den Spiegel vorhalten. Damit bist du aber nicht der erste, gibt es revolutionäre Kunstschaaffende, die dir vorangegangen sind, die besonders grossen Einfluss auf dich hatten?

Ich hatte sehr viel Brecht gelesen – auch theoretische Sachen – bevor ich mich an das Album wagte. Eben auch, weil mich da diese Frage des Emotionen-Ablassens beschäftigte und ich mir die Frage stellen musste: Mach ich einfühlsame Sachen, wo jeder* auch befriedigt ist, wenn er es fertig hört oder mache ich etwas, was die Leute vielleicht irritiert? Grad für «Güetzi» oder auch für «Vorem Gsicht» waren schon die Dramen von Brecht wichtig. Aber auch Kafka mit seinen absurden Elementen. Du sagst, der Kapitalismus sei «dünn maskiert». Und das ist eine Frage, die mich als Künstler sehr beschäftigt. Wie dick ist die Maske? Wie und wie sehr verhülle ich meine Aussage? Das ist dann auch etwas, was man in diesem brechtschen Sinn beschreiben kann: Dadurch, dass es einfach Kinder sind, empfindet man es als viel stärker daneben und kann ein ganz anderes Urteil fällen.

Ich wollte ein Fenster aufstossen

sah. **Aktivist*innen des Frauen*streiks 2019 bezogen sich auf feministische Autor*innen – von Laurie Penny, über Margarete Stokowski bis zu Simone de Beauvoir. Etwas vergessen gegangen ist Iris von Roten, die ein schweizerische Version zu «Das andere Geschlecht» geschrieben hat. Das Buch hat bis heute kaum an Aktualität verloren.**

«Hier ist das Buch, das ich mit zwanzig Jahren gerne gelesen hätte, aber nicht fand», so beginnt das Buch «Frauen im Laufgitter – offene Worte zur Stellung der Frau» von Iris von Roten. Die 5 Kapitel und rund 600 Seiten umfassende Schrift analysiert nicht nur die Situation der Frau in der Gesellschaft, sondern fordert gleichzeitig rechtliche, wirtschaftliche, soziale und politische Gleichstellung der Geschlechter, sowie persönliche und sexuelle Selbstbestimmung der Frau*. Ein 1958 nicht einfach publizierbares Werk, dessen Aktualität erst nach dem Tod der Autorin 1990 wirklich wahrgenommen wurde. Trotz allem macht «Frauen im Laufgitter» Iris von Roten zu einer der wichtigsten Pionier*innen bezüglich Frauen*rechten der Schweiz.

Aus lauter Liebe?

Mit scharfem Blick erkannte sie reaktionäre Weiblichkeitspropaganda und deren Illusionen, in einer Zeit in der Wirtschaftswachstum und steigender Wohlstand das Land prägten: «Jede Zeit hat ihre Lieblingsillusionen, eine der gehässlichsten unseres Jahrhunderts ist die moderne Frau, die beruflich gleichberechtigte unabhängige und erfolgreiche Frau. Vermeintlich soll der Frau von heute weite Gebiete offenstehen, sie soll im Gegensatz zu ihrer Grossmutter in jedem Beruf und jeder Stellung tätig sein.» Von Roten schrieb, dass der Glaube da ist, dass Frauen «aus lauter Liebe heiraten, wann und wen sie wollen». «Der modernen Frau zur Seite steht der fortschrittliche Mann, erfüllt von bewunderndem Staunen ob dem stolzen Schwan, der aus dem hässlichen Entlein geworden. Seit langem habe er seinen Kopf von Vorurteilen befreit und die Gleichberechtigung der Geschlechter im Leben der Familie, der Wirtschaft und des Staates langsam, aber sicher Platz greifen lassen.» Die Autorin löste diese Illusion vorzeitig auf und meinte: «Die Wirklichkeit aber sieht manchenorts, und in der Schweiz ganz besonders, anders aus.»

Zu revolutionär, um gemacht zu werden?

Als Iris Meyer 1917 in Zürich geboren, besuchte sie zuerst das Gymnasium, um dann Rechtswissenschaften zu studieren. In der Zeit rund um ihre Promotion lernte sie Peter von Roten kennen, den sie später heiratete. Nach dem Studienabschluss arbeitete Meyer als Journalistin und Redaktorin bei verschiedenen Zeitschriften, um später nach der Heirat mit Peter von Roten in der gemeinsamen Anwaltskanzlei mitzuarbeiten. Während ihrer Berufstätigkeit wurde Iris von Roten immer wieder mit vielen Hindernissen konfrontiert, die eine fortschrittliche Frau* in ihrem Berufsfeld zu erwarten hatte.

Nach einem Studienaufenthalt in den USA 1948 beschloss sie, sich intensiver mit der Stellung der Frau* in der Gesellschaft auseinander zu setzen und ein Buch darüber zu schreiben. Dieser Entschluss fiel in einer Zeit, als sich auch andere Frauen* begannen, mit dieser Thematik auseinander zu setzen. So erschien beispielsweise «Das andere Geschlecht» von Simone de Beauvoir 1949. Nach ihrer Rückkehr aus den USA zog Iris von Roten zu ihrem Mann nach Basel, wo beide ein Advokatur- und Notariatsbüro eröffneten. Beide lebten nach dem Auslandsjahr auch hier in einer offenen Beziehung und die Autorin musste keiner der klassischen weiblichen Verpflichtungen wie Hausarbeit und Kinderfürsorge nachkommen. Vielmehr konzentrierte sie sich auf ihr Buch, dass bei den Verlagshäusern nur auf mässiges Interesse stiess.

Doppelte Emanzipationsstrategie

Als 1952 die Tochter Hortensia zu Welt kam, war die vollständige Mutterrolle keine Option. Ihr Vorschlag von Krippen, welche Mütter entlasten könnten, war für viele Menschen in der Schweiz undenkbar. Im September 1958 erschien «Frauen im Laufgitter» und löste heftige Reaktionen aus. Von Roten beschrieb darin Missstände wie Benachteiligung in der Berufswelt in Form beispielsweise schlecht bezahlter Arbeit oder Care-Arbeit, die vorherrschende männliche Geschlechtsmoral die den Frauen* selbstbestimmte Sexualität abspricht oder die politische Rechtslosigkeit der Frauen* in der Demokratie als Paradoxon. Von Rotens doppelte Emanzipationsstrategie, so beschreibt es Elisabeth Joris im Nachwort von «Frauen im Laufgitter», mit der beruflich-wirtschaftlichen und



Die Bücher von Iris von Roten sind nach wie vor von grosser Aktualität.
Bild: zVg

einer sexuell-erotischen Ebene war für diese Zeit für einen grossen Teil der Bevölkerung zu weit gegangen. Obwohl sich die Situation der Frauen* in Vergleich zu den 1950er Jahren verbessert hat, bleibt diese Analyse des Geschlechterverhältnisses aktuell. Grundsätzliche Themen und Fragestellungen haben sich bis heute nicht verändert.

Schweiz als finstere Provinz für Feminismus

Richtig gesehen hatte die Autorin, dass ihr Buch revolutionär war, aber dennoch bitter nötig. In Zeiten des sogenannten «Kalten Krieges» wurde jede grundsätzliche Veränderung mit kämpferischer Haltung als Unterwanderung kommunistischen Ursprungs etikettiert und dementsprechend im Kern abgewürgt. Selbst die Arbeiter*innenbewegung befand sich in einer Tiefphase, denn die Gewerkschaften hüteten den sogenannten Arbeitsfrieden. Nicht erstaunlich ist es, dass viele Rezensionen negativ ausfielen, so dass die Publikation schnell zum Skandalbuch wurde. Die Autorin musste künftig mit den vielen verletzenden Angriffen leben. Auf öffentliche Unterstützung oder eine sachliche Debatte konnte Iris von Roten vergeblich hoffen. Anders als in Frankreich rund um «Das andere Geschlecht» war in der Schweiz keine vergleichbare

Debattenkultur vorhanden, sondern ein konservativer Geist, der bis weit in die sechziger Jahre dem Denken der geistigen Landesverteidigung verpflichtet blieb. Sogar der Bund Schweizerischer Frauenorganisationen BSF distanzierte sich von «Frauen im Laufgitter», weil sie sich vor negativen Folgen für die erste eidgenössische Abstimmung über das Frauenstimm- und Wahlrecht fürchteten.

Ablehnung und Anfeindung hatte zur Folge, dass sich Iris von Roten zurückzog und sich fortan Reisen, Malerei und Literatur widmete. Ihr Fazit war nach einem Zitat in der Publikation «D' Studäntin kunnt»: «Ich wollte ein Fenster aufstossen.»

Als sie 1990 ihr Leben durch Freitod beendete, war dies eine indirekte Folge eines Autounfalls, bei dem die Unfallverletzung wieder erwarten wenig heilte. Zum 100. Geburtstag von Iris von Roten hatte 2017 die eidgenössische Kommission für Frauenfragen EKF eine Ausgabe ihrer Zeitschrift «Frauenfragen» mit dem Titel «Vorbilder, Modèles, Modelli» Iris von Roten gewidmet, die unter anderem Vorlage für diesen Artikel war. Doch das war erst der Anfang: Eva Granwehr vom Sekretariat der Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (EKF) sagt, dass eine französische Übersetzung von «Frauen im Laufgitter» derzeit in einer Kooperation von Hortensia von Roten und der EKF erarbeitet wird.

Vermitteln, vernetzen und organisieren

sah. **«Uns alle weiterbringen», das will das Frauen*streikkomitee mit dem Zukunftstag in Luzern. Hier wurde nicht nur Wissen vermittelt, es wurden auch Strukturen für künftige Kämpfe aufgebaut. Doch, wie sehen Organisationsstrukturen der Komitees nach dem Frauen*steik aus?**

Gestartet wurde mit Kaffee und Gipfeli im Theater Pavillon in Luzern und weiter gings mit zwei Workshop-Runden und einer breiten Palette von Themen wie «Altersvorsorge und ihre diskriminierende Wirkung» oder «Sexuelle Gewalt in der Schweiz». Wissen vermitteln, vernetzen und Frauen* und Männer* weiter bringen, das war das Ziel vom Frauen*streikkomitee Luzern. Die Türe stand offen für alle, die sich informieren wollten und auch für jene, die Lust bekamen, sich in einer der Gruppen zu betätigen. Vorwissen war keines nötig, Kinderbetreuung organisiert und Männer* waren explizit willkommen.

Nach den Workshops wurde über die künftige Struktur des Streikkomitees diskutiert. Luzern bleibt auch nach dem Frauen*streik aktiv und denkt langfristig – dafür muss aber eine neue Organisationsstruktur her. So hatte die Endspurtgruppe viele Aufgaben rund um den Streik koordiniert. Dabei beteiligten sich viele Leute, es war aber wenig transparent und zeitweise

unübersichtlich, wer sich wo betätigt hat. Dass alle tatkräftig halfen, passte damals. Heute wird das Ziel sein, transparent zu zeigen, wer Verantwortung für welche Aufgaben übernimmt. Auch sollen Mitglieder, die beispielsweise aus zeitlichen Gründen wie Studium oder Familie nicht mehr mitarbeiten können, die Gruppe ohne schlechtes Gewissen verlassen dürfen.

Frauen*streik als Zustand – noch viel zu tun

Gebildet haben sich in der Vergangenheit Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen, wobei jede Gruppe einen Abgeordneten ins neue Komitee schicken wird. Dieses Komitee soll sich regelmässig für einen Austausch treffen und aus 10 bis 15 Personen bestehen. Es dürfen aber auch unabhängige Aktivist*innen mitarbeiten. Die sporadisch stattfindende Vollversammlung wird für alle offen sein. Wird das Komitee den Namen behalten? Der Streik war auf einen bestimmten Tag beschränkt, so einige

während der Diskussion am Zukunftstag. Andere sagen, dass man den Frauen*streik als Zustand begreifen muss – denn es gibt noch viel zu tun.

Die Namensgebung wird wohl eine der ersten Aufgaben sein, die es zu besprechen gilt. Neben Arbeitsgruppen zu Migration oder Frauen*räumen, Komitee und Vollversammlung wie es in Luzern künftig sogenannte «Ad-hoc-Gruppen» geben, die sich für Aktionen bilden und dann wieder auflösen.

Luzern will nicht nur regional operieren, sondern sich auch vernetzen: national und international. So sind Vertreter*innen im nationalen Frauen*streikkomitee mit dabei. Informiert wird die Community per Newsletter und die Gruppe Redaktion macht erfolgreich Medienarbeit. Zwar ist der Zukunftstag bald beendet, doch die Diskussion rund um Organisation noch lange nicht fertig. Klar ist: es wird ein Prozess sein, eine neue Form für künftige Frauen*kämpfe zu finden.

Frauen* kämpfen gegen Brandstiftung

Lina Ratzfatz. **Grosse Krisen in der Geschichte der Menschheit haben das Potential für eine soziale Revolution: Historische Frauen*mobilisierung in Brasilien gegen die Hasspolemik Bolsonaros, dessen Verbündete aus der Agrarlobby und die im Amazonasbecken stattfindende Brandstiftung.**



«Indigene Frauen* in Brasilien marschieren gegen die Waldbrände und Staatspräsident Bolsonaro. Bild: zVg»

In Brasilien findet gegenwärtig eine historische Frauen*mobilisierung statt, die es verdient, international gehört zu werden. Die Journalistin Karla Mendes schreibt dazu im Artikel *Resisting to exist*: «Indigene Frauen* sind jetzt mutig ins politische Rampenlicht getreten. Sie protestieren gegen die Regierung des rechtsextremen Präsidenten Jair Bolsonaro sowie gegen neue politische Massnahmen, die die indigenen Rechte bedrohen. Diese werden durch die Verfassung des Landes von 1988 garantiert und durch internationale Verträge anerkannt.

«Wenn ich Präsident bin...»

Organisiert sind die indigenen Aktivist*innen in der Vereinigung *Articulação dos Povos Indígenas do Brasil* (APIB). Bereits im April 2019 mobilisierte APIB rund 4000 indigene Vertreter*innen aus ganz Brasilien zum «Freeland Camp». Sônia Guajajara, die nationale Koordinatorin von APIB, warnte damals in einer Rede

vor der Uno vor dem drohenden Genozid und Ethnozid an den indigenen Völkern Brasiliens, als auch vor dem Ökozid – der Zerstörung des Amazonas Regenwalds und damit der Heimat vieler indigener Völker. Bolsonaro äusserte sich während seines Wahlkampfs mit den Worten: «Wenn ich Präsident Brasiliens werde, wird es keinen Zentimeter Land mehr für Indigene geben.» Er warb auch dafür, dass jeder Bürger eine Waffe besitzen soll und verwendete die Kalaschnikow als Wahlkampfsymbol. Um an die Macht zu kommen, verbündete sich Bolsonaro sowohl mit einflussreichen evangelistischen Gruppierungen, als auch mit wichtigen Vertreter*innen der mächtigen Agrarlobby. Indigene Vertreter*innen und Menschenrechts-Organisationen warnen seit der Machtübernahme davor, dass die rechts-populistische und rassistische Rhetorik Bolsonaros Verbrechen gegen Indigene und andere Minderheiten in ganz Brasilien anstachelt. Illegale Holzfällerei, Wilderei und Goldsucherei in indige-

nen Territorien haben seit seiner Machtübernahme massiv zugenommen.

Frauen*märsche und eine grausame Überraschung

Die indigenen Völker Brasiliens reagieren auf die massive Repression mit einer beeindruckenden Mobilisierung. Am 9. August 2019 fanden sich unter der Federführung von APIB über 2500 Vertreter*innen von 130 indigenen Völkern aus ganz Brasilien in der Hauptstadt Brasília am ersten Nationalen Indigenen Frauenforum ein. Am Dienstag, 13. August fand das Forum seinen Höhepunkt im ersten Marsch indigener Frauen Brasiliens. Tags darauf kam es zum historischen Schulterschluss mit der Frauen*bewegung *Marcha das Margaridas*, welche als eine der grössten lateinamerikanischen Frauen*bewegung gilt. *Marcha das Margaridas* ist ein demokratisch organisierter Zusammenschluss, der sich für die Rechte der landlosen Landbevölkerung einsetzt. Der Name erinnert an die 1983 ermordete Gewerkschafterin und Menschenrechtsaktivistin *Margarida Maria Alves*. Ihr ist auch die Parole der Bewegung «Eine für alle und alle für eine» gewidmet. Zehntausende Frauen* der beiden Bewegungen marschierten am 14. August 2019 friedlich durch die Strassen der Hauptstadt, um gemeinsam für mehr Frauen*rechte, bessere Lebensbedingungen der landlosen Landbevölkerung, für eine pestizidfreie Landwirtschaft, sowie für den Schutz der indigenen Territorien einzustehen. Symbolisch bemalten die indigenen Frauen* dabei die Aktivist*innen des *Marcha das Margaridas* mit ihrer traditionellen Schutz- und Kampfbemalung.

Es handelte sich dabei um die grösste Demonstration in Brasilien seit der Machtübernahme Bolsonaros. Als sich die indigenen Aktivist*innen nach den historischen Märschen stolz auf ihren langen Heimweg machten, erwartete viele von ihnen eine grauenvolle Überraschung. Am 10. August - also während die wichtigsten indigenen Vertreter*innen am nationalen Frauenforum in Brasília waren - fand im Amazonasbecken eine orchestrierte Brandstiftung statt. In den brasilianischen Medien ist der 10. August heute als *Dia do fogo* - als Tag des Feuers bekannt. Was genau an diesem Tag passierte, ist aus der Ferne schwierig zu beurteilen. Es wird aber davon ausgegangen, dass viele der Feuer gezielt in der Nähe von indigenen Gemeinschaften gelegt wurden, um Wald abzubrennen und damit neue Agrarflächen auf indigenen Territorien zu schaffen - ganz im Sinne von Bolsonaros Absichten, den Amazonas für die Ausbeutung durch den Bergbau und die Agrarwirtschaft freizugeben.

Indigene Gemeinschaften haben keine Lobby

Es gibt Hinweise darauf, dass viele Brände absichtlich in Territorien von isoliert lebenden indigenen Gemeinschaften gelegt wurden. Zum Beispiel gab es Feuer im Bundesstaat Maranhão, wo eine Gemeinschaft von etwa 80 Awá-Indigenen auf eigenen Wunsch ohne Kontakt zur Aussenwelt lebt. Isoliert lebende und unkontaktierte Völker haben international praktisch keine Lobby; gezielte Brandstiftungen in diesen Gebieten müssen deshalb als Versuch eines stillen Genozids beurteilt werden. Diese Vermutung wird auch durch die Tatsache bekräftigt, dass Bruno Pereira der Leiter der brasilianischen Regierungsabteilung - die für den Schutz des Landes von unkontaktierten Völkern zuständig ist - Anfangs Oktober ohne Erklärung entlassen worden ist.

APIB startet angesichts dieser düsteren Aussichten eine grosse internationale Offensive unter dem Motto «Not a single drop more of indigenous blood». Im Oktober und November besuchen Sônia Guajajara und weitere wichtige indigene Vertreter*innen 18 europäische Städte - darunter auch Bern und Genf. Die Allianz *sosamazonia.ch* lädt alle Kämpfer*innen für eine gerechtere Welt dazu ein, sich am Donnerstag 7. November um 18 Uhr auf dem Waisenhausplatz in Bern zur Solidaritätskundgebung und Demonstration einzufinden: «Lernen wir direkt von den indigenen Aktivist*innen, wie man gegen ein korruptes und repressives System kämpft und setzen wir unsere Stimme dafür ein, unsere indigenen Schwestern* und Brüdern* bei ihrem Kampf ums Überleben und für den Schutz ihrer Heimat zu unterstützen».

Kita-Mitarbeiter*innen trotzen weiter!

sah. **Die Regelung der Arbeitsbedingungen soll zu den Bewilligungsvoraussetzungen für Kitas gehören - das will die TrÖtzphase. Es braucht einen Gesamtarbeitsvertrag, der unter anderem auch Regelungen zur Vor- und Nachbereitungszeit enthält. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Kinder gut betreut werden.**

«Frauenberufe» sind nach wie vor allgemein weniger anerkannt und schlechter bezahlt. So fand am 14. Juni 2019 ein landesweiter Frauen*streik- und Aktionstag statt.

Auch die TrÖtzphase, eine Gruppe aus ausgebildeten und angehenden Fachpersonen (FaBe K, Kindererziehung HF) aus der familienergänzenden Kinderbetreuung in Zürich, beteiligte sich am Frauen*streiktag: «Wir haben genug von mangelnder Wertschätzung für unsere Arbeit, tiefen Löhnen, zu wenig Personal, chronischer Unterfinanzierung und Sozialabbau! Wir wollen gehört werden, gesellschaftlich sichtbar werden, uns solidarisieren und uns vernetzen. Wir wollen uns als FaBes organisieren, um gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen in den Kitas kämpfen, sodass auch eine professionelle Betreuung der Kinder garantiert werden kann.»

Ein Erfolg

Konkret heisst das, dass der Beruf aufgewertet, die Einhaltung des Betreuungsschlüssels gewährleistet und Lohn-gleichheit hergestellt werden soll. Am Frauen*streik selber gestaltete sich der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen eher schwierig: eine ganztägige Schliessung aller Kitas war nicht möglich. Die Grundversorgung musste an diesem Tag aufrechterhalten werden; es gab nämlich

Eltern, die ihre Kinder an diesem Tag nicht aus der Kita nehmen konnten. Gleichzeitig wurden die Aktivist*innen von solidarischen Mamas* und Papas* unterstützt, so dass am Nachmittag verschiedene Streikaktionen auf der Bäckereianlage in Zürich mit einem Streik-Zvierli sowie und auch die Teilnahme an der Demo möglich waren. Ein Erfolg: «Andere Kantone zeigen Interesse ähnliche FaBe Gruppierungen wie die TrÖtzphas aufzubauen. Politisch fokussieren wir uns jetzt aber auf die Betreuungslandschaft im Kanton und in der Stadt Zürich», erklärt Jasmine von TrÖtzphase auf Anfrage des *vorwärts*.

Startschuss!

Im Juli 2019 überreichte die TrÖtzphase gemeinsam mit dem VPOD Zürich in einer bunten und lautstarken Aktion die Petition «Weil Kinder mehr Zeit brauchen» der Bildungsdirektion des Kantons Zürich, die bei der Vernehmlassung zur neuen Kinderkrippen-Verordnung (V TAK) das Personal sträflich vergass. Die Petition verlangt unter anderem, dass gute Arbeitsbedingungen zu den Bewilligungsvoraussetzungen für Kitas gehören sollen. Es braucht einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV), der auch Regelungen zur Vor- und Nachbereitungszeit und zu den Betreuungsschlüsseln enthält. Nur so kann sichergestellt werden, dass genügend

gut ausgebildetes und fair entlohntes Fachpersonal in den Kitas zur Verfügung steht, damit die Kinder gut betreut und altersgerecht gefördert werden. Qualität in der familienergänzenden Kinderbetreuung ist eng verknüpft mit Ausbildung und Arbeitsbedingungen des pädagogischen Personals.

Die Aktivist*innen fordern unter anderem einen GAV für die Kinderbetreuung, wie er beispielsweise in den Kantonen Waadt und Genf existiert. Zürich könnte damit in der Deutschschweiz eine Vorreiterrolle einnehmen. «Von der Bildungsdirektion selber erwarten wir bis spätestens Ende Jahr eine Stellungnahme auf unsere Petition. Allzu viel können wir uns dabei leider nicht erhoffen. Eine indirekte Antwort haben wir nämlich vom Kantonsrat bereits erhalten. Der mehrheitlich bürgerlich besetzte Kantonsrat will noch weniger Vorschriften für Kitas. Unserer Meinung nach ein beängstigender Schritt in die noch falschere Richtung. Und genau das Gegenteil, was wir in der Petition und was die Fachwelt schon lange fordert», meint Florian Thalmann von VPOD. Er konkretisiert: «Ein weiteres Problem ist, dass die Voraussetzungen in der Branche schwierig sind, einen GAV zu erkämpfen. Ähnlich wie in der Reinigungsbranche, müsste die öffentliche Hand Voraussetzungen schaffen, damit überhaupt Regeln und somit einen GAV erarbeitet werden können.»

Gläubige und Reformierende

dab. Rechte von Homo- und Bisexuellen, Intersexuellen und Transmenschen werden intensiv diskutiert und manche Nationalratskandidat*innen versuchen in der Community Stimmen abzufischen. Eine LGBTIQ-Lobby gibt es praktisch nicht, da waren sich die linken und rechten Teilnehmenden am Podiumsgespräch von hab-queer in Bern einig.

Es geht im Sozialismus nicht nur um gleiche Rechte für Frauen* oder Eingewanderte, sondern auch für Menschen mit anderer sexueller oder geschlechtlicher Ausrichtung. Kuba ist seit langem führend in der LGBTIQ-Gleichstellung und auch die DDR war seinerzeit der BRD weit voraus. «Gleiche Rechte für alle» fordert die Partei der Arbeit Schweiz in ihrem Programm zu den Nationalratswahlen. Und stellt im selben Kapitel fest: «Der Sexismus ist die Unterdrückungsform, welche die Geschlechter hierarchisch in eine produzierende und reproduzierende Klasse gliedert, um die Geschlechterstereotype zu reproduzieren und zu festigen. Dieses Geschlechtermodell wird in der aktuellen Gesellschaft jeder und jedem aufgezwungen.» Deshalb fordert die Partei konkret:

- Den Schutz gegen Gewalt und Diskriminierung auf Grund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität.
- Das Ende der legalen Diskriminierung von homosexuellen Eltern
- Das Ende der Zwangspsychiatrie bei Transidentitäten und die rechtliche Anerkennung des Geschlechts ohne Zwangssterilisation.
- Das Recht auf Selbstbestimmung des Geschlechts von transsexuellen Menschen und den Zugang zu ärztlichen Behandlungen, falls dies gewünscht wird.
- Das Heiratsrecht für alle Paare.
- Die Durchführung von Präventionskampagnen zur Bekämpfung sexueller, homophober und transphober Gewalt in Unternehmen, Schulen, Sportvereinen etc.
- Unterkünfte für junge LGBTIQ-Personen, die von ihren Familien abgelehnt und ausgestossen werden.

Harmoniefreudigkeit

In der Politik können wir trotz diesem klaren Programm nicht zu den Bannerträger*innen der LGBTIQ-Politik werden, da wir in diesem kompromissfreudigen Politbetrieb exotisch und nicht darauf erpicht sind, möglichst grosse Parlamentsvertretungen und Regierungsbeteiligungen zu haben. Und weil wir nicht der Macht zuliebe laufend opportunistische Abstriche am Parteiprogramm vornehmen wollen. Harmoniefreudigkeit von Kapitalismusgläubigen und Kapitalismusreformierenden zeigte auch das Podiumsgespräch der hab-queer Bern (homosexuelle Arbeitsgruppe) mit bernischen Nationalratskandidat*innen von Juso bis JSPV zum Thema LGBTIQ-Rechte unter dem Motto «Die Community ist im Parlament kaum vertreten und nicht sichtbar, das spiegelt sich auch in der Politik wieder.» Daniel Frey, Medienverantwortlicher von hab-queer Bern, moderierte kompetent und humorvoll.

Oberpeinliches Referendum

Im Parlament hätten Landwirtschaft, Banken und Industrie starke Lobbies, die LGBTIQ-Community habe keine, stellte die GLP-Vertreterin und Grossrätin Barbara Stucki fest, dies müsse sich ändern. Sie war neben der Transfrau Mia Willener von der BDP die einzige, die sich outete – als Lesbe. Bei den anderen Teilnehmenden blieb es bei Vermutungen über die sexuelle Orientierung. Im Gespräch wurden meist direktliniert die Gemeinsamkeiten betont.

Doch beim oberpeinlichen Referendum der Jungen SVP und der Eidgenössisch Demokratischen Union (EDU) gegen die im Parlament verabschiedete Erweiterung der Rassismus-Strafnorm mit «Diskriminierung und Aufruf zu Hass wegen sexueller Orientierung» war's vorbei mit der Harmonie. Die Gegner*innen der Gesetzesrevision sehen die Meinungsfreiheit eingeschränkt. Podium-Teilnehmer Janosch Weyermann von der JSPV wurde schlecht goudiert, weil er sich zwar ganz allgemein für LGBTIQ-Rechte aussprach (offenbar mit Hans-Ueli Vogt als einziger in der Partei), aber fand, man könne nicht damit beginnen, jeder beliebigen Gruppe Diskriminierungsschutz einzuräumen; Geschädigte könnten auch mit den geltenden Gesetzen zu ihrem Recht kommen. Das wurde vom Jungfreisinnigen Joel Hirschi juristisch sofort wiederlegt. Angesichts der zunehmenden Morde, Körperverletzungen und Zerstörungsaktionen wie jener an der Pride Zürich im Sommer bestünde eigentlich Handlungsbedarf für Polizei und Justiz. Die Polizei aber wolle laut Barbara Stucki nicht handeln: Da Statistiken fehlten, existierten für die Polizei die Tatbestände nicht. «Würden Leute aus der Community Hetoros verprügeln, würden sofort Massnahmen ergriffen», stellte jemand aus dem Publikum treffend fest.



Gleiche Rechte auch für Menschen ohne heteronormative Ausrichtung: Parole der PdA, Nationalratswahlen 2019. Grafik: Chrischi Stettler

Schlicht Diskriminierung

Bei den komplizierten, auch umstrittenen Dingen wie Samenspende, Adoption, Leihmutterchaft und In-Vitro-Fertilisation wand sich Joel Hirschi und fand, die Sache werde schwierig. «Es geht hier schlicht um Diskriminierung!» warf SP-Grossrätin Tamara Funicello ein, diese Diskussionen müssten getrennt geführt werden. Da hat sie recht, man kann nicht LGBTIQ verweigern, was man Heteropaaren selbstverständlich zugesteh.

Zwischenbemerkung des kommunistischen Beobachters: Ändert sich die Realität, tauchen neue Gruppen und gesellschaftliche Probleme auf, müssen Gesetze angepasst werden, um Starke zu kontrollieren und Schwache zu schützen. Will man neue Diskriminierungen verneinen und die Gesetzgebung nicht aktualisieren, hat das liberale und konservative Gründe: Im angeblich selig machenden Wettbewerb um Geld, Arbeit, Macht und Aufmerksamkeit sollen alle auf sich gestellt sein und sich ohne Diskriminierungsschutz, ohne Gewerkschaft, Konsument*innen- und Mieter*innenschutz innovativ und sportlich durchschlagen. Und die Konservativen finden im Grund moralinsauer, diese Perversen hätten keinen Schutz, sondern Prügel oder andere Diskriminierungen verdient, auch wenn diese Unsensiblen dies nicht so explizit formulieren. Ein alter LGBTIQ-Aktivist im Publikum bemerkte ironisch, die Registrierung von Lesben und Schwulen sei schliesslich ins Leben gerufen

worden, um «die Bevölkerung vor widernatürlicher Unzucht zu schützen».

Bürgerliches Glaubensbekenntnis

Im Zusammenhang der Konzernverantwortungsinitiative kam dann das obligate Glaubensbekenntnis der Vertreter*innen von BDP, GLP, Junge Freisinnige und JSPV zugunsten der Wirtschaft: Nichts gehe ohne ihre Konzernherren (mit Alibidamen), alles mit ihnen, in ihnen und durch sie. Der Jungfreisinnige, Spross eines Familien-KMU, verniedlichte so herzig den Kapitalismus. Die Rot-Grünen schwiegen höflich. Sie glauben oder hoffen wohl, das Monster Kapitalismus könne mit edlen Verfassungsartikeln und netten Worten zur Vernunft gebracht werden. Die Bürgerlichen aber haben vor allem das Interesse und die Aufgabe, sich und ihre Abzockerkompliz*innen vor Macht- und Pfündenverlust zu schützen.

Für den Jung-SVPler und seine Liste wird wohl niemand aus der Berner LGBTIQ-Community stimmen. Aber die übrigen Bürgerlichen versuchten, im Saal noch ein paar Stimmen abzufischen. Was der unbekümmerten, sympathischen GLP-Frau und der BDP-Vertreterin, der charismatischen, humorvollen Transfrau Mia Willener, gelingen könnte. Beim Hinweis auf steigende Selbstmordraten bei jungen Transmenschen sprach sie davon, sie habe sich früher auch überlegt, sich umzubringen, sei dann aber zum Schluss gekommen, den Prozess durchzuziehen und noch zu nerven, wo sie könne.

Schweinebucht und Missionsreisen

Edgar Göll. In Kuba tätige evangelikale Gruppen trugen massgeblich dazu bei, dass die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe nicht in die neue Verfassung aufgenommen wurde. Von 2009 bis 2017 erhielten diese Gruppen rund 2,3 Milliarden US-Dollar von der US-Regierung.

Im Juli 2018 hatte die kubanische Nationalversammlung eine neue Verfassung vorgeschlagen, in der in Artikel 68 die gleichgeschlechtliche Ehe legalisiert werden sollte. Im Dezember des Jahres zog die Regierung die Änderung jedoch aus dem Entwurf zurück, vor allem wegen der starken Gegenreaktion der evangelischen Kirchen und Bedenken, dass der Zuspruch zur neuen Verfassung dadurch gering ausfallen könnte.

In einem Artikel auf dem Online-Portal Vice wird beschrieben, mit welchen Mitteln und Aktivitäten US-amerikanischer Evangelikaler dazu beitrugen, die gleichgeschlechtliche Ehe in Kuba zu stoppen. Demnach erlangten die evangelische Kirche und evangelikale Glaubensgemeinschaften in Kuba politischen Einfluss und nutzen diesen zu Lasten der LGBTIQ-Gemeinde. In den letzten zehn Jahren wurde die Gleichstellung der LGBTIQ-Bevölkerung in Kuba stetig gestärkt. Es

gab konkrete Fortschritte im Bereich der LGBTIQ-Rechte, die hauptsächlich von Mariela Castro, der langjährigen Direktorin des Nationalen Zentrums für Sexualerziehung (Centro Nacional de Educación Sexual, Cenesex) angeregt wurden.

Austritt aus dem Kirchenrat

Bereits im Jahr 2008 führte die Regierung die kostenlose Operation zur Geschlechtsangleichung im Rahmen des nationalen Gesundheitssystems ein und im Jahr 2013 verbot sie die Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund der sexuellen Orientierung. Zuletzt aber verhinderten US-finanzierte Kirchen den jüngsten Schritt bei der Verfassungsreform. «Sowohl die moralische als auch die finanzielle Unterstützung der evangelischen Konfessionen und Agenturen der USA war entscheidend für die Kampagne der kubanischen Evangelikalen gegen die Homo-

Ehe», sagte Andrew Chesnut, Professor für Religionswissenschaft an der Virginia Commonwealth University.

Das Cuba Money Project aus den USA machte kürzlich öffentlich, dass die Evangelische Christliche Humanitäre Hilfe für Kuba (ECHO Kuba) von 2009 bis 2017 rund 2,3 Milliarden US-Dollar von der US-Regierung erhalten hatte. ECHO Kuba leitet Missionsreisen nach Kuba und stellt Ressourcen und Ausbildung für kubanische Kirchen zur Verfügung. Der Gründer, der in Miami lebende Teo Babín, stammt aus einer Familie kubanischer Exilant*innen und unterstützte 1961 die US-gestützte militärische Invasion in der Schweinebucht. Kürzlich gründeten sieben evangelikale Freikirchen eine eigene Splittergruppe, die Allianz der Evangelischen Kirchen Kubas (CIC), und verliessen den Kubanischen Kirchenrat.

Noch kein Kurswechsel zu Frieden in Sicht

Georg Polikeit. **Der bisherige Regierungschef Benjamin Netanjahu und seine rechtsextrem-zionistische Regierungskoalition haben nach den Wahlen in Israel vom 17. September im israelischen Parlament, der Knesset, keine Mehrheit mehr. Trotzdem erteilte ihm Israels Staatspräsident Reuven Rivlin am 25. September den Auftrag, erneut die Bildung einer Regierungskoalition zu versuchen.**



Kommunistische Partei Israels für die Einheit aller jüdischen und arabischen Arbeiter*innen, heute in der «Vereinten Liste» von Friedenskräften, kommunist*innen und arabischer Minorität. KPI-Wahlplakat 1955. Bild: Rosa-Luxemburg-Stiftung

Für die Regierungsbildung hat er 28 Tage, sprich bis am 23. Oktober, Zeit. Viele sind allerdings der Meinung, dass ihm dies nicht gelingen werde. Rivlin hatte angesichts der schwierigen Wahlergebnisse zuerst einen anderen Weg favorisiert. Denn die beiden Hauptkonkurrenten, der Block unter Führung von Netanjahus Partei Likud und das Wahlbündnis Kachol Lavan (Blau-Weiss) unter Führung von Benjamin Gantz, dem früheren Generalstabschef der israelischen Armee, sind nach der Wahl in der Knesset nun fast gleich stark, und keiner verfügt, auch mit den ihm zuzurechnenden eventuellen Bündnispartnern, über eine sichere Parlamentsmehrheit. Deshalb wollte Rivlin zunächst eine «Regierung der nationalen Einheit», also eine Art Grosse Koalition zwischen den beiden Hauptrivalen zustande bringen. Um eine entsprechende Einigung zu erleichtern, wurde die Idee einer «geteilten Regierungszeit» in die Debatte gebracht. Die beiden Parteichefs sollten das Amt des Ministerpräsidenten teilen und zuerst der eine, dann der andere jeweils eine Halbzeit als Regierungschef amtierend. Eine Variante dazu hiess, dass beide auch gemeinsam als «Doppelspitze» agieren könnten.

Feinde oder Freunde?

Diese Idee scheiterte allerdings zunächst daran, dass Gantz vorher im Wahlkampf immer wieder nachdrücklich verkündet hatte, er werde nicht mit Netanjahu in einer Regierung sitzen. Diese Erklärung hatte ihm bei der Wahl zu vielen Stimmen verholfen und wesentlich zu seinem Wahlerfolg beigetragen. Offenbar erschien es ihm deshalb nicht möglich, einen Bruch dieses Wahlversprechens bereits an den Anfang einer neuen Legislaturperiode zu stellen. Allerdings kann dies auch nur ein vorläufiges Scheitern sein und die Idee einer solchen «Einheitsregierung» später wieder aufgegriffen werden.

Als Argument nutzte Gantz vor allem die Tatsache, dass Netanjahu vielleicht schon bald eine Anklage wegen Bestechlichkeit, Vorteilsannahme, Betrug und Untreue zu erwarten hat. Israels Generalstaatsanwalt Avichai Mandelblit hat in der nächsten Woche eine Anhörung Netanjahus angesetzt, in deren Ergebnis er entscheiden will, ob er tatsächlich Anklage erheben und ein Gerichtsverfahren einleiten wird.

«Heim Israel» oder «Blau-Weiss»

Für Netanjahu ergeben sich nun zwei Möglichkeiten. Entweder es gelingt ihm, seinen ebenfalls extrem rechtslastigen früheren Aussen- und Verteidigungsminister Avigdor Lieberman von der Partei Jisrael Beiteinu (Unser Heim Israel) zur Unterstützung zu gewinnen, obwohl dieser im November 2018 zurücktrat, weil ihm der Kurs der Netanjahu-Regierung gegen die palästinensischen Araber*innen in

Israel nicht scharf genug war. Allerdings äusserte Lieberman später auch Vorbehalte gegen den Einfluss der ultraorthodoxen Parteien in der Regierung. Im Wahlkampf 2019 erklärte er, dass er nur eine «weltliche Regierungskoalition» ohne die orthodox-religiösen Parteien unterstützen werde.

Die andere Möglichkeit für Netanjahu ist es, für seine Koalition «Überläufer*innen» aus den anderen im Parlament vertretenen Parteien abzuwerben, auch aus dem Lager der «Blau-Weissen». Die bisherige Netanjahu-Koalition von Likud, Schas, Thora-Judentum und Rechtsunion kommt in der neuen Knesset zusammen auf 55 Mandate (Likud 32, Schas 9, Thora-Judentum 7, Rechtsbündnis Jamina 7). Also müsste er mindestens sechs solcher «Überläufer*innen» gewinnen, um die Mindestzahl von 61 Parlamentsmandaten zu erreichen, die für eine Mehrheit in der 120-köpfigen Knesset erforderlich sind.

Weitere mögliche Koalitionen

Falls ihm keine von beiden Möglichkeiten innerhalb des nächsten Monats gelingt, müsste er den Auftrag zur Regierungsbildung an den Staatspräsidenten zurückgeben. Der könnte dann Netanjahus Gegenspieler Gantz mit einem weiteren Versuch zur Regierungsbildung beauftragen. Aber erneut auch die Idee einer «Einheitsregierung» mit geteilter Amtszeit auf die Tagesordnung bringen. Gantz' Aussichten, eine Regierungskoalition ohne Netanjahus Likud zustande zu bringen, sind allerdings nicht besser als die seines Rivalen. Kachol Lavan selbst kommt auf 35 Mandate. Mögliche Koalitionspartner könnten die sozialdemokratisch-zionistische Awoda-Partei (6 Mandate) und die Demokratische Union, bestehend aus der linkssozialistischen Meretz und den Grünen (5 Mandate) sein.

Multiethnische Liste

Ausserdem erklärte die «Vereinte Liste» der drei arabischen Parteien Balad, Raam und Taal sowie die von Arabern und Israelis gemeinsam gebildeten Hadasch (Demokratische Front für Frieden und Gleichberechtigung), in der die Kommunistische Partei Israels eine massgebliche Rolle spielt, dass sie die Nominierung von Gantz zum Regierungschef unterstütze. Sie ist mit 13 Mandaten die drittstärkste Fraktion der Knesset. Ihre Unterstützung von Gantz wurde in der israelischen Öffentlichkeit stark beachtet, da die arabischen Parteien in Israel in der Regel (mit einer Ausnahme) bisher nie einen Vorschlag für einen israelischen Regierungschef gemacht hatten. Die Empfehlung für Gantz wurde damit begründet, dass dies der einzige Weg sei, um die rechtsextremistische Koalition unter Netanjahu von der Macht zu entfernen. Das sei vorrangig, auch wenn man an

Gantz' Politik viel Kritik habe und deshalb nicht in eine Koalition mit Gantz eintreten werde.

Mächtiger Druck

Kurz darauf wurde allerdings auch mitgeteilt, dass eine der drei arabischen Parteien, nämlich Balad, die Empfehlung für Gantz nicht mittrage. Sie werde den Ex-General nicht unterstützen wegen seiner «zionistischen Ideologie», seiner rechten Positionierung, die sich von der von Likud nicht so sehr unterscheidet, und wegen seiner «blutigen und aggressiven militärischen Vorgeschichte». Damit war die Empfehlung der Vereinten Liste für Gantz auf 10 Mandate zusammengeschrumpft. Insgesamt käme Gantz also in der Knesset auf 54 Stimmen, mindestens 7 müssten für eine Mehrheit noch dazugewonnen werden.

Falls weder Netanjahu noch Gantz eine Parlamentsmehrheit erreichen können, könnte Rivlin auch noch andere Knesset-Abgeordnete mit dem Versuch einer Regierungsbildung beauftragen. Oder aber eine dritte Parlamentswahl ansetzen. Das allerdings wäre ausserordentlich unpopulär. Der Verweis auf einen dritten Wahlgang wirkt deshalb wie ein mächtiger Druck auf die Parteien und Politiker, sich auf einen anderen Ausweg, also Rivlins Plan entsprechend auf eine gemeinsame Koalition zu verständigen.

Annexionen angekündigt

Doch wie auch immer das Gerangel um die Regierungsbildung ausgehen wird, bleibt nur die Feststellung, dass so oder so ein Kurswechsel in der israelischen Politik in Richtung einer Friedenslösung mit den Palästinensern in nächster Zeit leider nicht zu erwarten ist.

Netanjahu kündigte im Wahlkampf an, sollte er wieder ans Ruder kommen, ganz klar eine weitere Verschärfung seines aggressiven und expansiven Kurses gegen die Palästinenser durchzusetzen. Nach einer Wiederwahl wollte er ausnahmslos alle völkerrechtswidrig errichteten israelischen Siedlungen im besetzten Westjordanland in das Staatsgebiet seines «jüdischen Staates» einverleiben. Darüber hinaus noch weite Teile des von Palästinensern besiedelten Jordan-Tals. Damit würde eine Zwei-Staaten-Regelung endgültig unmöglich gemacht. Und der Staat Israel würde uneingeschränkt zu einem Apartheid-Staat umgeformt, in dem die arabisch-palästinensische Bevölkerungsminderheit als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Das selbst verkündete Programm einer neuen Netanjahu-Regierung für die nächsten Jahre ist mehr als abschreckend, aber vor allem gefährlich für den Frieden im Nahen Osten und damit den Weltfrieden.

Doch auch das Programm einer Regierung Gantz oder einer «Regierung der nationalen Einheit» aus beiden Blöcken wäre kaum viel besser. Ex-Generalstabschef Gantz würde als Regierungschef wohl kaum viel gemässigtere Ziele verfolgen, zumal er unter dem starken Druck der rechtsextremistischen und aggressiv-expansionistischen Stimmungen stehen würde, die im Wahlergebnis für Netanjahu sichtbar sind.

Zwei-Staaten-Lösung

Das Erfreulichste am jüngsten israelischen Wahlergebnis ist unter diesen Umständen nur, dass es der «Vereinten Liste» von israelischen Friedenskräften, Kommunist*innen und arabischer Bevölkerungsminderheit in Israel gelungen ist, wieder mit 10,6 Prozent der abgegebenen Stimmen und mit 13 statt zuletzt zehn Abgeordneten in das israelische Parlament einzuziehen. Denn die «Vereinte Liste» sprach sich auch in diesem Wahlkampf klar für die Zwei-Staaten-Lösung, für die Beendigung der militärischen Besetzung des Westjordanlandes und der expansiven Siedlungspolitik, für die Bildung eines eigenständigen und souveränen Staates Palästina in den Grenzen von 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt aus.

Diese Positionen der israelischen Friedenskräfte verdienen und brauchen auch weiterhin solidarische internationale Unterstützung. Und das nicht nur aus moralischen Gründen, sondern auch in unserem eigenen Interesse an der Sicherung und Erhaltung des Friedens in der Nahostregion und damit des Weltfriedens.

Die Arroganz des Siegers

Ralf Streck. **In Portugal gewinnt die Sozialistische Partei die Wahlen. Sie will nun aber das «schräge Konstrukt» mit den linken Kräften brechen, welches das Land in den letzten vier Jahren mit einer Politik des gesunden Menschenverstands regierte. Das grün-kommunistische Bündnis CDU verlor an Stimmen.**

«Die Portugiesen mögen die Geringonça», hatte der Wahlsieger António Costa noch in der Wahlnacht seinen jubelnden Anhänger*innen in Lissabon erklärt. Doch nun will er das Regierungsmodell mit seinen Partnern begraben, wie seine Partei nach Gesprächen mit dem marxistischen Linksblock (BE) und der grün-kommunistischen Koalition CDU bekräftigt. Doch warum?

Costas erntet die Früchte

Insbesondere stellt sich die Frage, da bei den Wahlen am 6. Oktober das Modell gestärkt wurde, was «Geringonça», also «schräges Konstrukt» oder «unbegreiflich» genannt wird. So wurde Costas Versuch nach den Wahlen 2015 bezeichnet, mit Hilfe linksradikaler Parteien an die Macht zu gelangen. Kaum jemand hätte einen Pfifferling darauf verwettet, dass eine Unterstützung durch zwei zerstrittene linksradikale Parteien, zudem für einen Sozialisten, möglich werden könnte. Doch Costa regierte – trotz der Widersprüche zu seinen Partnern – das Land stabil. Die Linke konnte es gemeinsam aus dem Schlamm ziehen, in dem die konservativen Vorgänger es in den «Rettungsjahren» versenkt hatten. Das haben die Portugies*innen bei diesen Wahlen belohnt. Vor allem Costas PS konnte die Ernte dafür einfahren, dass die Arbeitslosigkeit von 14 auf sechs Prozent gesenkt wurde, das Land kein Haushaltsdefizit mehr hat und ein nachhaltiges Wachstum verzeichnet. Das basiert auch auf der stabilen Binnennachfrage. Sie wurde durch Steigerungen von Löhnen und Renten und durch Senkung von Steuern sowie der Abschaffung von Sondersteuern gestärkt, die während der Krisenjahre erhöht oder neu geschaffen worden waren.

Die Rechte stürzte ab, die wieder getrennt ins Rennen gegangen waren. Lag die CDS (Centro Democrático e Social) 2009 und 2011 bei 10 bis 11 Prozent, brach sie auf gut vier Prozent ein und verlor 14 der 19 Sitze. Etwas besser sah es für die PSD (Partido Social Democrata) aus, die sich auf früheren 28 Prozent behaupten konnte. Insgesamt hat die Rechte 20 Sitze verloren. Wirklich zufrieden mit dem Ausgang der Wahlen war nur die linke Tierrechtspartei PAN, die mit 3,3 Prozent gestärkt wurde. Sie hatte ebenfalls

bisher Costa gestützt. Sie wird statt einem nun vier Parlamentarier*innen stellen.

PS will alleine regieren

Costas PS gewann die Wahlen mit 37 Prozent klar. Doch die Freude ist über den Wahlsieg getrübt, da sich viele eine absolute Mehrheit erhofft oder erwartet hatten. Auf linksradikale Stimmen angewiesen zu sein, gefällt vielen nicht. Man wollte die Hände frei haben, da man viele Zugeständnisse machen musste. Das führte letztlich zum «portugiesischen Wunder», wie das einige Beobachter*innen fälschlicherweise nennen. Denn es wurde nur eine Politik des gesunden Menschenverstands umgesetzt und der Austeritätskurs abgebrochen.

Eigentlich benötigt Costa nur noch einen linken Unterstützer für eine stabile Regierung. Doch seine PS will das nicht mehr, was sie nach den Konsultationen deutlich gemacht hat. Aus der Bereitschaft der linken Parteien, für Stabilität einzutreten, leitet sie ab, dass sie allein regieren kann und weitere «vier Jahre politische Stabilität» für die «Entwicklung des Landes, für Vertrauen und Wachstum» sorgen kann. Sie meint so die «Glaubwürdigkeit nach aussen» zu steigern, der sie eine «besondere Bedeutung» zuschreibt. Costa will weitere soziale Zugeständnisse so gering wie möglich halten. Der Linksblock, der seine Ergebnisse mit knapp 10 Prozent verteidigen konnte, hatte ihm schnell eine erneute Zusammenarbeit angeboten. Die Chef*in des «Bloco» Catarina Martins ist erstaunt über die PS, da man in vier Jahren gezeigt habe, dass man «politische Turbulenzen» aushalten könne. Für Martins hat das bisherige Modell «Rückschritte verhindert und einen stabilen Weg unter Respekt von sozialen Rechten» garantiert.

Diffamierungskampagne

BE und die Kommunistische Partei Portugals (PCP) hatten für eine neue Übereinkunft aber klare Bedingungen gestellt, die der PS nicht passen. Reste der Verschlechterungen sollten fallen, die von der Troika über die Konservativen durchgesetzt wurden, wie unbezahlte Überstunden und Urlaubskürzungen. Die BE forderte einen Fahrplan, um den Mindestlohn

deutlich zu erhöhen, den die PCP auf 850 Euro festlegen will. Gefordert wurde auch die Rücknahme der Arbeitsmarktreform, die die PS schon in der vergangenen Legislaturperiode mit rechten Stimmen durchgedrückt hatte.

Aber Costa schielt nach rechts, wie es die PCP befürchtet hatte, die federführend hinter der CDU steht. Im Gespräch mit dem vorwärts hatte das Mitglied des Zentralkomitees Pedro Guerreiro einen Rechtsschwenk erwartet, wenn es die Wahlergebnisse ermöglichen würden. Die PS habe nicht mit der Troika-Politik gebrochen und einst das Memorandum mit der EU-Kommission, der Europäische Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) gestützt, merkte er an. Sie sei bisher nur bereit gewesen, «sich ein Stück von ihrer Politik aus der Vergangenheit zu verabschieden». In ihrer Essenz habe sie sich nicht verändert und stellt fest: «Sie war gezwungen, es zu tun.» Das Problem der CDU ist, dass sie sich eine Stärkung erhofft hatte, um Costa zu mehr zu zwingen. Aber die grün-kommunistische Koalition hat Stimmen verloren. Für Guerreiro waren die Kommunist*innen Opfer einer Diffamierungskampagne, die sich vor den Wahlen verschärft habe. «Es ist klar, dass die Erfolge den reaktionären Kräften im Land und Interessen des Kapitals ein Dorn im Auge sind.» Die Koalition kam statt auf 8,3 nun nur noch auf 6,5 Prozent und büsste fünf 17 Sitze ein. Offensichtlich konnte sie den Wähler*innen nicht klar machen, welche bedeutsame Rolle sie gespielt hat. Einige ihrer Wähler*innen blieben offenbar der Wahl fern, denen die Unterstützung der PS ein Dorn im Auge war oder die Erfolge zu bescheiden ausfielen. Die Wahlbeteiligung ging erneut zurück und betrug sogar nur noch 54,5 Prozent.

Wie weiter?

Aus dem Wahlausgang wurde aber deutlich: Die Linke in Portugal ist, gegen den Trend in Europa, deutlich gestärkt worden. Portugal stehen aber nun instabilere Zeiten bevor, da sich die linken Kräfte profilieren müssen, was Costa mit seiner Linie verstärkt. So ist die Frage, ob nun real ein «schräges Konstrukt» ansteht, das den Willen der Wähler*innen nicht abbildet.

KURZ und SCHNURZ

Kuba und Venezuela pflegen erfolgreich die partizipative Demokratie. Vernehmlassungen stehen der ganzen Bevölkerung offen, nicht handverlesenen Organisationen wie in der Schweiz. Gremien und Funktionsträger*innen werden gewählt und kontrolliert. Die Gewaltentrennung funktioniert. Die Bildung fokussiert nicht nur auf fachliche, sondern auch auf politische Schulung. Wohlergehen und Rechte aller hat dort Priorität, hier Profit und Rechte einer rücksichtslosen, falschen Elite.

Solange nicht Antikommunistische und Neoliberale in sozialistischen Ländern das Sagen haben, schreien bürgerliche Interessenvertreter*innen «Wahlmanipulation, Betrug, Korruption, Dogmatismus, Diktatur!»

DAB

Unblock Cuba!

Redaktion. **Den Wirtschaftskrieg gegen Kuba beenden! Am 6. und 7. November 2019 behandelt die UN-Vollversammlung in New York ein weiteres Mal den Antrag Kubas, die von den USA seit fast 60 Jahren gegen die Insel verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade zu verurteilen. Internationaler Aufruf zu Solidaritätsaktionen.**

In vergangenen Jahren votierten 189 Staaten für die Eingabe, nur zwei – die USA selbst und Israel – bekundeten ihre Unterstützung für den Wirtschaftskrieg. Die Mitgliedsstaaten der EU, einschliesslich BRD und Österreich, sowie die Schweiz votierten gegen die Blockade und verurteilten insbesondere deren extraterritoriale Ausdehnung, die auch europäische Unternehmen und Institutionen trifft.

In diesem Jahr bekommt die Abstimmung eine besondere Bedeutung. In den vergangenen Monaten hat die US-Administration unter Staatschef Donald Trump ihre Aggression gegen Kuba und andere Länder der Region weiter verschärft.

Drastische Folgen

Durch die Aktivierung des sogenannten Abschnitts III des Helms-Burton-Gesetzes können US-Bürger nun vor US-Gerichten auch gegen Unternehmen und Institutionen aus Drittländern klagen, wenn diese kubanisches Eigentum nutzen, das nach der Revolution 1959 enteignet wurde. Das aber richtet sich de facto gegen alle Kubaner und alle Einrichtungen der Insel. Betroffen sein können Dorfschulen, die auf Flächen errichtet wurden, die einst Grossgrundbesitzern gehörten. Oder Hotels, die einst Teil des Imperiums der US-Mafia waren. Im September wurde der Onlinehändler Amazon verklagt, weil er kubanische Holzkohle verkauft! Hinzu kommen Massnahmen, die den Handel zwischen Kuba und Venezuela unterbinden sollen. Auch europäische, deutsche sowie schweizer Unternehmen sind bereits zur Zielscheibe der US-Blockadepolitik geworden. So wurde im Juni Klage

gegen das deutsche Tourismusunternehmen Trivago eingereicht, weil es Hotels in Kuba vermittelt.

Die Blockadepolitik hat dramatische Folgen für die Bevölkerung in Kuba. Wichtige Medikamente können nur auf Umwegen und überverteuert importiert werden. Im September musste Kubas Regierung ihren Bürgern mitteilen, dass aufgrund der US-Massnahmen über Wochen kein einziger Öltanker die Insel mehr anlaufen werde, was zu schwerwiegenden Auswirkungen bei der Energieversorgung führen musste.

Die Regierungen von BRD, Österreich und der Schweiz belassen es derweil bei wohlfeilen Worten, werden jedoch gegen die Auswirkungen der US-Blockade gegen Kuba nicht aktiv. Wir fordern, dass dem jährlichen Votum gegen die Blockade in der UN-Vollversammlung endlich konkrete Taten folgen müssen: Das Befolgen von völkerrechtsverletzenden US-Gesetzen in Europa darf nicht länger geduldet werden! Schluss mit der Aggression gegen Lateinamerika!

Gemeinsam gegen die Blockade

Wir rufen deshalb auf zu einer grossen Solidaritätsaktion für Kuba und gegen die Blockade im Oktober und November 2019! Gemeinsam wollen wir – Kuba-Solidaritätsgruppen, fortschrittliche Organisationen und Medien aus der BRD, Österreich und der Schweiz – die Aufmerksamkeit auf die von Washington betriebene Eskalation lenken, um die US-Administration, aber auch deren europäische Verbündete, unter Druck zu setzen. Mit Grossplakaten, Veranstaltungen und Kundgebungen soll das Tatsächliche der menschenrechtsverletzenden Blockade durch die meisten



Medien unserer Länder durchbrochen und auf die Folgen dieser verbrecherischen Politik aufmerksam gemacht werden.

Beteiligt Euch an den Aktionen im Aktionszeitraum! Unterstützt die Plakatierung durch Geldspenden! Sprecht mit weiteren Organisationen, aber auch mit Bekannten, Freunden, und Verwandten über die Verschärfung der Blockade und die Unterstützung der Soli-Aktion.

WEITERE INFOS: WWW.ROSA-LUXEMBURG-KONFERENZ.DE/DE/UNBLOCK-CUBA

«Nachbar aus der Hölle»

Amalia van Gent. **Seit dem Beginn der türkischen Invasion in Nordsyrien sind Zehntausende Zivilist*innen auf der Flucht – ohne Ziel und Zukunft. Niemand wagt es, Erdogan auch nur zu kritisieren und so werden die Kurd*innen einmal mehr ihrem Schicksal überlassen.**



Europaweit fanden Proteste gegen den Aggressionskrieg der Türkei statt. Hier eine Aktion in Bern. Bild: zVG

Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan verbittet sich Kritik: Sollte die EU «unsere Operation erneut als Invasion bezeichnen, werde ich unsere Grenzen öffnen und ihnen gleich 3,6 Millionen Flüchtlinge schicken», sagte er in einem Treffen seiner regierenden Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP). Erdogan ist in seinem Land vor allem als gewiefter Pokerspieler der Politik bekannt. Während seiner Rede gestern liebte er es ganz offensichtlich, mit den Ängsten einer EU zu spielen, die nicht nur in der Flüchtlingsfrage gespalten und unentschieden ist. Seinem entzückten Publikum versicherte er, dass er Kritik, aus welcher Ecke sie auch immer kommen möge, ignorieren werde.

Schwache Weltgemeinschaft

Seit dem Einmarsch der türkischen Truppen in Syrien spielt sich die türkische Führung zuversichtlich bis arrogant auf: «Wir sind in Syrien, um die Gründung eines Terrorstaates zu verhindern», begründet der Präsident die völkerrechtswidrige Invasion seiner Armee, und «für die Sicherheit unserer Nation ist diese Operation von immenser Bedeutung». Dass das kleine, bis vor kurzem selbstverwaltete, autonome kurdische Gebiet Rojava, nach der Sprachregelung Erdogans der «Terrorstaat», und die kurdischen Volksbefreiungskräfte (DYP) mit ihren Kalaschnikows und den anderen leichten Waffen, über die sie verfügen, der Türkei und ihrer hochmodernen Armee, der zweitgrössten der Nato überhaupt, je eine militärische Bedrohung hätten darstellen können, gilt wohl auch unter den naivsten Erdogan-Anhängern als Witz.

Um so skurriler mutet deshalb der Satz an, den Politiker*innen monoton wiederholen. «Wir haben Verständnis für die legitimen Sicherheitsbedenken der Türkei», sagte zum Beispiel der Generalsekretär der Nato Jens Stoltenberg. Sein Aufruf an «alle Parteien, Aktionen zu meiden, die zu einer weiteren Destabilisierung führen», muss sich in den Ohren der Menschen in Rojava masslos zynisch anhören. Der Nato-Generalsekretär hofft offenbar mit seiner «Appeasement-Politik» das gereizte Nato-Mitglied Türkei zu beschwichtigen und, wie es so oft in den Nato-Kreisen heisst, damit zu verhindern, dass die Türkei noch tiefer in den Schoss Russlands gerät. Und dennoch: darf man eine Aggression einfach schönreden? Die Grenzen eines Nachbarlandes ohne dessen ausdrückliche Billigung militärisch zu verletzen, ist nichts anders als eine Aggression.

Trump machte den Weg frei

«Wir haben Verständnis für die legitimen Sicherheitsbedenken der Türkei» lautete es auch aus Moskau. Als Hauptalliiierter Syriens mag die grossangelegte türkische Operation Moskau verunsichern. Vorerst aber stützt die russische Diplomatie die türkische Invasion. Denn sie hofft, der Einmarsch der Türken werde kurzfristig und endgültig zu einem Abzug der amerikanischen Truppen aus Syrien und mittelfristig zu einer unausweichlichen Entfremdung der Türkei zu ihren bisherigen Alliierten führen. Russland und der Iran dürften vorerst auch nichts dagegen haben, wenn die Türkei gegen die Kurd*innen kämpft und somit die syrische Armee von dieser schmutzigen Arbeit entbindet.

Der US-Präsident hat nach einem Telefongespräch mit Erdogan Anfang Oktober die US-Truppen aus dem syrisch-türkischen Grenzgebiet abgezogen und damit die türkische Offensive gegen das kurdische Rojava überhaupt ermöglicht. Im Kampf gegen

die Dschihadisten des IS waren die syrischen Kurden die zuverlässigsten Alliierten der USA und Westeuropas. Deshalb schwankt Donald Trump, immerhin der Präsident der mächtigsten Grossmacht auf unserem Globus, zwischen der Position «wir lieben die Kurd*innen» und dann wieder «sollen sie doch selber schauen». So gesehen scheint Erdogan in einem Punkt recht zu haben, nämlich, dass er in Bezug auf seine Invasion von der schwachen Weltgemeinschaft keine ernsthaften Folgen zu befürchten hat.

Gnadenlose Bombardements

Die türkische Offensive hat am 9. Oktober um 16 Uhr mit Bombardements der türkischen Luftwaffen im Gebiet Tal Abyat's und Rash al-Ain's eingesetzt. Am späten Abend sollen Angaben aus Ankara zufolge auch die türkischen Spezialtruppen Blue Berets und ihre islamistischen syrischen Freischärler ins Gebiet vorgerückt sein. Seither hätten sie mehrere Dörfer unter ihre Kontrolle gebracht, heisst es. Sollte ihnen die Eroberung der Hauptachse M4 südlich der zwei Städte gelingen, dann wäre die Verbindung zwischen den zwei kurdischen Provinzen Qamisli im Osten und Kobane im Westen unterbrochen. Diese Provinzen verteidigen gegen die militärische Übermacht der Türkei zu verteidigen, wäre noch schwieriger.

Die Bombardierungen in den ersten Tagen waren laut Berichten der internationalen Presse besonders heftig. Internationale Menschenrechtsorganisationen schätzen, dass bereits bis zu 70 000 Menschen auf der Flucht sind. Nur, wohin könnten sie denn gehen? Rojava bestand ursprünglich aus den Provinzen Qamisli im Osten, Kobane und Efrin im Westen. Vor einem Jahr marschierten die türkischen Blue Berets und ihre alliierten syrisch-arabischen Freischärler in der Provinz Efrin ein. Über hunderttausend einheimische Kurd*innen wurden damals aus Afrin vertrieben – und befinden sich schon wieder auf der Flucht. Ziellos sollen sie sich in Richtung Süden bewegen. Das Internationale Rote Kreuz und die UNO warnen bereits vor einer humanitären Katastrophe. Die türkische Luftwaffe bombardiert aber gnadenlos weiter. Expert*innen schätzen, dass Erdogan möglichst viele Gebiete unter seine Kontrolle bringen will, bevor er Mitte November in Washington als persönlicher Gast von Donald Trump empfangen wird.

Neue Ordnungsmacht?

Die Türkei unter Erdogan strebt schon seit Längerem an, in der Region des Nahen Ostens anstelle der USA zur neuen Ordnungsmacht zu werden. Ihre militärische Überlegenheit verspricht die Erfüllung dieses Ziels zumindest vorübergehend in Syrien. Was der Türkei hingegen nicht gelingen dürfte, ist, bei den einheimischen Völkern tatsächlich als Ordnungsmacht willkommen zu sein.

«Ein Nachbar aus der Hölle» bezeichnete vor kurzem die grosse konservative griechische Tageszeitung «Kathimerini» die Türkei. Gerade hatte Erdogan Tausenden von Flüchtlingen das «Tor der Türkei» in Richtung Griechenland geöffnet und den Europäer*innen ihre Macht- und Ratlosigkeit vor Augen geführt. «Während die Türkei heuchlerisch von der Einheit Syriens spricht, verletzt sie dessen Grenzen, besetzt seine Städte, führt dort ethnische Säuberungen durch und zerstört die historische und geographische Struktur des Landes», kommentierte auch die kurdische Presseagentur ANE.

QUELLE: INFOSPERBER.CH

Wahlapéro der PdAZ. Ob es einen oder gar mehrere Gründe zum feiern geben wird, ist noch unbekannt. Doch unabhängig vom Wahlergebn lädt die PdA Zürich zum Wahlapéro ein – natürlich in der Hoffnung, einen tollen Grund zum Feiern zu haben.

SONNTAG, 20. OKTOBER, AB 15.30 UHR, MOZAIK, HARDSTRASSE 35, ZÜRICH

Politessen. Jeden 3. Montag im Monat organisiert die Partei der Arbeit (PdA) das Politessen «Komm&iss». Das Treffen bietet allen Interessierten und insbesondere den Leuten aus dem Quartier ab 18:30 Uhr eine Gelegenheit gemeinsam zu essen Mitglieder der PdA zu treffen. Sowohl das Essen wie auch die gute Gesellschaft sind kostenlos. Wir freuen uns auf euch.

MONTAG, 21. OKTOBER, AB 18.30 UHR, MOZAIK, HARDSTRASSE 35, ZÜRICH

100 Prozent Kuba. Fotoausstellung zur sozialistischen Karibikinsel des Tessiner Fotografen Aldo Balmelli, der in den Jahren 2007 bis 2015 das Land bereiste. Der Erlös fliesst in medizinischen Projekten in Kuba. Die Ausstellung dauert bis am 5. November. Vernissage in Anwesenheit des Fotografen.

MONTAG, 21. OKTOBER, AB 18 UHR, RESTAURANT HIRSCHENECK, LINDENBERG 23, BASEL

Räuberunde. Filmvorführung «The feminist on cellblock Y». Dokumentation über einen Menschen, der in einem Männergefängnis in Kalifornien eine Gruppe aufbaut, die sich mit den toxischen Auswirkungen von Männlichkeiten und Feminismus auseinandersetzt. Der Film wird in Englisch gezeigt, bei Bedarf – und am liebsten nach Voranmeldung – gibts eine Flüsterübersetzung ins Deutsche. Im Anschluss gibt es die Möglichkeit zu einer Diskussion auf Deutsch – nach Bedarf mit einer Flüsterübersetzung ins Englische. Die Räuberunde am Mittwoch im Rahmenprogramm des queerfeministische Herbstprogramms.

MITTWOCH, 30. OKTOBER, 18 UHR RÄUBER-NACHT, 20.30 UHR FILM, HEITERE FAHNE, DORFSTRASSE 22/24, 3084 KÖNIG

Roter Oktober. Seit 2006 organisiert die Kommunistische Jugend Bern den Roten Oktober, in diesem Jahr ist die Kommunistische Jugend Schweiz (KJS) dabei. Es findet ein Grundlagenkurs zur marxistischen Ökonomie und ein Kurs zur Frage der Ökologie statt. Beide werden auf Deutsch und auf Französisch angeboten. Der Kurs kann vor Ort ausgewählt werden. Gastgeberinnen: KJ Schweiz und KJ Bern. Anmeldung bis zum 31. Oktober: kommunistischejugend.ch

SAMSTAG, 2. NOVEMBER AB 18 UHR UND SONNTAG, 3. NOVEMBER BOLLIGENSTRASSE 79A, BERN

Asylcamps sind keine Lösung. Demo. Keine Diskriminierung, sondern gleiche Rechte, Respekt und Würde für alle. Keine Isolation und keine Ausschaffungen, sondern gleichen Zugang zu Wohnen, Arbeit, Bildung, Gesundheit für alle.

SAMSTAG, 9. NOVEMBER 14 BIS 17 UHR, BUNDESPLATZ BERN

Agentterrorist. Lesung und Gespräch mit Deniz Yücel. «Niemals» werde man Deniz Yücel ausliefern, erklärte der türkische Staatspräsident Erdogan im Frühjahr 2017, jedenfalls nicht, solange er im Amt sei. Zu diesem Zeitpunkt befand sich der Journalist bereits im Hochsicherheitsgefängnis Silivri Nr. 9. Die Inhaftierung des Korrespondenten der Welt führte in Deutschland zu einer beispiellosen Solidaritätsbewegung und sorgte für eine schwere diplomatische Krise. Yücel erzählt von seinem Jahr im Gefängnis, von Einzelhaft und Folter. Er schreibt sehr persönlich, kämpferisch und humorvoll darüber, wie man ins Geschehen eingreifen kann, wenn man zum Spielball der internationalen Politik geworden ist. Eine heilsichtige Analyse über die jüngste Entwicklung der Türkei, die Funktionsweisen autoritärer Regimes und die Mechanismen der demokratischen Öffentlichkeit.

MITTWOCH, 13. NOVEMBER, 20 UHR, KASERNE BASEL, KLYBECKSTRASSE 1B, BASEL

Sans Papier. Der 14. November ist ein wichtiger Tag für viele Sans-Papiers. Vor genau einem Jahr haben wurden Gesuche für eine Regularisierung eingereicht. Eine Antwort haben sie bis heute nicht bekommen. Dem Warten muss ein Ende gesetzt werden. Warten ist schmerzhaft! Regularisierung jetzt!

DONNERSTAG, 14. NOVEMBER, DEMO, 12 UHR, CLARAPLATZ, BASEL

KURZ und SCHNURZ

Furcht und Elend des Kapitalismus: Viele lieben es, über Korruption, Politik und Wettbewerb zu lästern. Wagt aber jemand vorzuschlagen, den Kapitalismus einfach abzuschaffen, kommen Hektik und Panik auf und man wechselt hürtig zu einem banalen Thema.

DAB